

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1. Vierteljährlich 4.- M., monatlich 1.- M. frei ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezugs: Monatlich 1.- M., vierteljährlich 3.- M., halbjährlich 5.- M., jährlich 10.- M. für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmal Zustellung 10.50 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Einzeltrager in die Post-Zeitungs-Ereisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Konvaleszenzliste kostet 1.50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 60 Pf. (gültig 2 fertige Blätter) jedes weitere Blatt 40 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Blatt 40 Pf., jedes weitere Blatt 30 Pf. Blätter über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Leertexte zahlen 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beilagen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 27. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 11753-54.

Clemenceau über den Friedensvertrag

Aus Genf wird gemeldet: In der Kammer gab am Donnerstag endlich Ministerpräsident Clemenceau die lang erwartete

Erklärung über den Friedensvertrag

ab. Er erging sich über den Friedensvertrag und sagte, daß der Vertrag in seiner Gesamtheit trotz aller Mängel im einzelnen gut sei. Clemenceau geriet dabei in eine lebhafte Zwiesprache mit den Sozialisten, weil er sich gegen die Bestrebungen wendete, die im Laufe des Krieges für einen Verständigungsfrieden mit Deutschland hervorgetreten seien. Derartige Bestrebungen hätten Frankreich einem moralischen Abgrunde nahe gerückt, denn mit Deutschland sei keine Verständigung möglich. Jedes Zugeständnis hätte dann zur vollen Unterwerfung führen müssen. Clemenceau betonte die schwierige Lage Frankreichs bei Beginn des Krieges und verlas Telegramme des Königs von England an Poincaré, um zu beweisen, daß England keine Kontingente geschickt hätte, wenn Belgien nicht angegriffen worden wäre. Clemenceau schloß weiterhin, daß Frankreich zurückgeschlagen und die englischen Linien eingedrückt waren, als die Amerikaner ihre Truppen ohne zu zögern in die Schlacht warfen. Frankreich dürfe in Zukunft auf England und Nordamerika rechnen, selbst wenn diese sich durch keinen Vertrag gebunden hätten. Clemenceau stellt fest, daß es unter diesen Umständen nicht nötig war, einen rückwärtslosen Frieden zu schließen. Er wandte sich dann der Konferenz zu und betonte, daß für Wilson auf der Konferenz die Frage des Völkervereins im Vordergrund gestanden habe. Er habe deshalb auch die Überzeugung, daß der

Senat der Vereinigten Staaten diesen Völkerverein schließlich ratifizieren werde.

Clemenceau verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß er die englische Vorherrschaft zur See anerkannt habe. Lloyd George, so sagte er, stellte uns die Frage: „Geben Sie zu, daß der Krieg ohne die englische Flotte nicht gewonnen wäre?“ Ich antwortete: „Ja!“ Weiter fragte man: „Wollen Sie also uns die Freiheit auf dem Meere einschränken?“ Ich antwortete: „Nein!“

Clemenceau äußerte sich dann über die Schantungfrage und erklärte, daß die Japaner sich zur Rückgabe in einer bestimmten Frist verpflichtet haben.

Clemenceau gelangte schließlich in seinen Ausführungen zu Deutschland und wies den Vorwurf zurück, daß die deutsche Armee zu stark bleibe. Es sei unmöglich gewesen, ein Volk von 60 Millionen ohne Schutz an seiner Ostgrenze zu lassen. Da aber eine Armee des Völkervereins nicht bestehe, so gehe es nicht an, auch nur einem einzigen französischen Soldaten zuzumuten, die Deutschen gegen die Polen zu schützen.

Clemenceau wies die Forderung nach der Rheingrenze zurück. „Vergessen wir nicht“, so sagte er, „daß zwischen dem Rheinland und uns ein deutsches Land liegt, und daß wir vernünftig handeln, kein neues Elsass-Lothringen zu schaffen. Der Vertrag wird uns gewiß Schwierigkeiten und Glanz bringen, so sagte er zum Schluß, denn das Leben ist ein Kampf im Frieden und im Krieg, aber der Vertrag sichert unsere Herrschaft und wird organisiert durch eine neue Solidarität der Welt.“

Verzicht auf Bürgerkrieg.

Auf dem deutschnationalen Parteitag für Mittelschlesien hat der Minister a. D. Dergt die Erklärung abgegeben, seine Partei wünsche wohl die Zurückbildung der Verfassung zur Monarchie, erstrebe sie aber nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern auf dem Wege der Verfassung selbst. Daß Herr Dergt bei dieser Gelegenheit die Bestimmung der Verfassung über Verfassungsänderung zitierte, war ein tragikomisches Mißgeschick, das wir schon gestern festgestellt haben. Indes wollen wir nicht so pharisäisch sein zu behaupten. Unkenntnis der neuen Verfassung sei nur bei konservativen Parteiführern und Ministern des alten Regimes vorhanden. Sie ist heute leider noch sozusagen ein negatives Gemeingut des deutschen Volkes, und wenn man liest, wie ein konservativer Minister a. D. in einer großen politischen Rede über die Verfassung daheredelt, so muß man sich mit geheimem Grauen fragen, wie erst auf diversen Bierbänken von ihr geschwätzt werden mag.

Eine Veränderung der Verfassung kann verfassungsmäßig auf zwei Wegen erfolgen: durch das Parlament oder durch direkten Volksbeschluß. Eine Verfassungsänderung kommt im Parlament zustande, wenn bei Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen ihr zustimmen und wenn sich der Reichsrat, die Vertretung der einzelstaatlichen Regierungen, gleichfalls mit Zweidrittelmehrheit einverstanden erklärt. Die Verfassungsänderung kann aber auch durch direkten Volksbeschluß erfolgen. Dann ist notwendig, daß sie von mindestens einem Zehntel der Volksgenossen beantragt wird, sie ist Gesetz geworden, wenn mehr als die Hälfte aller stimmberechtigten Volksgenossen für sie stimmt.

Auf diese letztere Bestimmung hat Herr Dergt angespielt, als er es als Ziel seiner Partei verordnete, die Monarchie auf verfassungsmäßigem Wege wieder herzustellen, und wenn er sich auch beim Zitieren geirrt hat, so behält er mit seiner politischen Schlussfolgerung doch recht. Eine Verfassungsänderung ist durch direkten Volksbeschluß möglich, der Verzicht auf jeden Versuch, sie gewaltsam herbeizuführen, ist daher für jede Partei, die nicht ins gemeine Verbrechertum herabsinken will, notwendig.

Ein gewaltsamer Umsturz der neuen Verfassung wäre eine Tat, die sich mit dem gewaltsamen Umsturz der alten in keiner Weise vergleichen ließe. Denn die alte Verfassung kannte nur die Verfassungsänderung durch Beschluß des Reichstags und des Bundesrats. Im Bundesrat war eine qualifizierte Mehrheit notwendig, so daß das reaktionäre Breuhen allein jeden Beschluß verhindern konnte. Durch die Revolution ist nun das Recht des Volkes, sich selbst eine Verfassung zu geben, durchgesetzt worden, die neue Verfassung wurde von einer reinen Volksvertretung beschlossen und kann von dieser oder vom Volke selbst wieder abgeändert werden. Nichtete sich die Gewaltanwendung früher gegen die das Volk beherrschenden Klassen und Einzelpersonen, so würde sie sich jetzt gegen das Recht des Volkes selber richten.

Strageföchtig ist der gewaltsame Sturz der Verfassung daselbe geblieben, was er gewesen ist: Hochverrat. Politisch aber und moralisch ist er etwas ganz anderes geworden: Ein Attentat auf das Recht des Volkes, in geordnetem Verfahren bei völliger Gleichberechtigung aller Volksgenossen selber über seine Verfassung zu beschließen. Ein fundamentaler Unterschied, der bisher noch nicht die genügende Beachtung gefunden hat!

Diese rein tatsächlichen Feststellungen haben natürlich die gleiche Bedeutung nach allen Seiten hin, nach links wie nach rechts. Die Verfassung kennt weder Monarchisten noch Volksschwärmer, sie beschäftigt sich überhaupt nicht mit politischen Richtungen, sondern zeigt allen nur in gleicher Weise den Rechtsweg, auf dem sie zu ihrem Ziele gelangen können. Dieser Rechtsweg führt aber für alle gleichmäßig durch die Köpfe und Herzen des Volkes.

Wer in stande ist, die Mehrheit des Volkes für seine Auffassung zu gewinnen, der hat auch die Macht, die Verfassung zu ändern. Ein anderer hat sie nicht und kann sie nicht haben, er ist, wenn er sie sich anmaßt, ein Usurpator und ein Verbrecher gegen die Souveränität des Volkes. Wenn sich die Monarchisten wenigstens äußerlich diesen Grundsätzen, die sie solange bekämpft haben, anpassen und in ihren Erklärungen auf jeden Versuch eines gewaltsamen Umsturzes verzichten, so zeigen sie damit die Klugheit einer Partei, die aus Erfahrungen gelernt hat, eine Klugheit, die man an anderen Stellen leider vermißt.

Aber noch schlimmer! Während sich die Reaktion, sei es auch nur aus Schlanheit, entgegen ihren Grundsätzen dem gegebenen Zustand anpaßt, wird in Arbeiterkreisen die Verwirrungssprache von der kommenden neuen Revolution noch immer eifrig herumgetragen, und während die Junkerklassen den Sieg der ihr verhassten Demokratie notgedrungen anerkennen, halten es manche Arbeiter für revolutionäre Fortschritt, eben dieser Demokratie den Krieg auf Leben und Tod zu erklären. An diese Kreise müssen und werden wir immer wieder die Frage richten, ob sie es wirklich

Internationale Regelung der Kohlentransporte.

Bekanntlich ist die Transportkrise international. U. a. hat sich auch Genosse Otto Hue seinerzeit dagegen gewandt, daß durch das Hin- und Herfahren der für die einzelnen Länder bestimmten Kohle der internationale Eisenbahnverkehr unnützlich belastet wird. Um dem entgegenzuwirken, ist jetzt zwischen der Schweiz und Italien ein Abkommen getroffen worden. Darüber drahtet uns unser Berichterstatter aus Bern:

Zwischen der Schweiz und Italien ist mit Zustimmung der Alliierten ein provisorisches Abkommen bezüglich der Kohlentransporte getroffen worden. Bis jetzt sind die Züge mit Saar- und Ruhrkohle über die Schweiz nach Italien gegangen, während amerikanische Kohlen für die Schweiz in Genua angeladen und mit der Bahn nach ihrem Zieltransportiert wurden. Jetzt soll die für Italien bestimmte Saar- und Ruhrkohle der Schweiz angeliefert werden, während die in Genua eintreffende amerikanische Kohle für Italien bestimmt wird. Die Preise sollen gleich bleiben. Die so angetauchten Kohlen werden zwischen der Schweiz und Italien verkehrt.

Damit wird zum erstenmal — der Not gehorchend — die nationale Beschränkung dem höheren Prinzip einer rationellen internationalen Regelung unterworfen. Aber was für Kohle und Waggon für die Schweiz und Italien notwendig erscheint, das ist für alle Länder und den gesamten Güteraustausch das Gebot der Stunde!

Wiederbeginn deutsch-polnischer Verhandlungen.

Die Wiederanfnüpfung der deutsch-polnischen Verhandlungen ist heute erfolgt. Nachdem der Unterstaatssekretär Dr. v. Broblewski bereits am Vormittag den Herrn Reichsminister besucht hatte, fand nachmittags im Auswärtigen Amt eine Vorbesprechung im kleinen Kreise statt, an der von polnischer Seite außer Dr. v. Broblewski die Herren Abg. Dr. Diamond und Korfanty teilnahmen. Nach den Vereinbarungen, die in dieser Vorbesprechung über den Gang der Verhandlungen getroffen wurden, ist zunächst beabsichtigt, die Frage der Amnestie sowie des Austausches von Internierten und Kriegsgefangenen zum Abschluß zu bringen. Die polnischen Delegierten sagten insbesondere zu, daß die Heimkehr der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen sofort durch Vermittlung der fremden Militärmissionen ins Werk gesetzt werden soll und stellten fest, daß sämtliche noch in Polen zurückgehaltenen Deutschen sich körperlich in einem guten Zustand befinden, so daß irgendwelche Besorgnisse über ihr Schicksal unbegründet sind.

Au die Verhandlungen über die Amnestie soll sich eine

Erörterung aller übrigen noch schwebenden Fragen schließen. Es besteht die Absicht, in möglichst kurzer Zeit ein Ueber-einkommen in den Hauptpunkten herbeizuführen, und die Einzelheiten späteren Beratungen vorzubehalten. Ueber den Gang der Verhandlungen wird die Öffentlichkeit fortlaufend unterrichtet werden.

Seemannsstreik und Kriegsgefangenenheimkehr.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Die Lage im Seemannsstreik ist unverändert, doch hat man bereits den Eindruck, als wenn die Tage dieses wilden Ausstandes gezählt seien. Die Hafenarbeiter beschlossen, vorläufig die einlaufenden Schiffe zu entlasten. Der Aktionsausschuß der seemannischen Berufsverbände, dem u. a. die Abteilung Seeleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes angehört, erläßt einen Aufruf, in dem er die Seeleute dringend auffordert, den Heimtransport unserer Kriegsgefangenen nicht durch sinnlose wilde Streiks in Frage zu stellen. Es heißt darin: „Wögen die deutschen Seeleute die Verrücktheit der Transportstreiks auch als Selbstverständlichkeit ansehen, trotz alledem ergeht an sie der dringende Ruf, den schändlichen völkerverräterischen Plan gewissenloser Streikführer rückwärts zu werfen, um nicht auch noch diese Schmach über die deutsche Seemannschaft kommen zu lassen. Wir halten es für die unbedingte Pflicht der deutschen Seeleute, namentlich aber der Mannschaften des Deck- und Maschinenpersonals, sich angesichts der 50 000 ihrer eiligen Heimbeförderung harrenden deutschen Kriegsgefangenen unverzüglich zum sofortigen Dienstauftritt bereitzustellen.“

Von den wegen des Streiks der Seeleute seit einigen Tagen aufliegenden Hamburger Fischdampfern haben gestern drei ihre Fangreise wieder aufgenommen. Weitere werden folgen.

Die Streiklage in Stettin.

Ueber den Stand des Streiks der Seeleute wird folgendes berichtet: Der Streik der Seeleute dauert noch an und hat zum Teil eine Erweiterung dadurch erfahren, daß sich ihm ein Teil der Hafenarbeiter angeschlossen hat. Der Schiffsverkehr von und nach See ist dadurch stark behindert, und auch die Lebensmittelversorgung Stettins und Umgebung stark beeinträchtigt worden.

Auch der Streik der Stettiner Gasarbeiter dauert noch fort. Das Angebot der städtischen Behörden auf eine weitere Zulage von 10 M. ist von den Gasarbeitern abgelehnt worden, weil ihnen dies Zugeständnis zu niedrig erscheint. Weil die Arbeiter selbst die notwendigen Arbeiten verweigert haben, beispielsweise die Entschlackung der Öfen, hat der Magistrat, um großen Schaden zu verhindern, der dadurch entstehen könnte, aus Berlin Arbeiter herangezogen und diese durch militärische Bewachung schützen lassen. Indessen gehen die Verhandlungen weiter. Die Stöcherordnungsammlung hat sich auf Seite des Magistrats gestellt. Es ist eine Kommission eingesetzt worden, die sich nochmals mit den Lohnverhältnissen beschäftigen soll.

für gerecht, vernünftig und überhaupt durchführbar halten, eine Verfassung gewaltsam zu befestigen, die jederzeit durch Beschluß der Volksmehrheit abgeändert werden kann. Wir werden nie aufhören, den Kommunisten und dem ihnen gegenseitig verantwortlichen Teil der Unabhängigen zuzurufen: Wenn Euch diese Verfassung nicht gefällt, wenn Ihr das parlamentarisch-demokratische System durch eine Räte-diktatur ersetzen wollt, so gewinnt erst die Mehrheit des Volkes für Eure Gedanken und führt ihn dann aus. Solange Ihr die Mehrheit nicht habt, beschleibet Euch, werbt für Eure Ideen, bis sie die Macht gewonnen haben, sich durchzusetzen, aber appelliert nicht an die Gewalt gegen den Volkswillen, verzichtet auf den Bürgerkrieg!

Wenn die Reaktion auf den Bürgerkrieg verzichtet, so tut sie das in der Hoffnung, daß die Arbeiterklasse selbst ihn entzünden wird, ist er aber einmal entzündet, dann entscheidet nicht das Recht, sondern die härtere Faust. Die sogenannte zweite Revolution würde dann vielleicht nur die Kräfte der Gegenrevolution entfesseln und ihren Sieg herbeiführen haben.

Darum verzichtet auf den Bürgerkrieg! Schafft den inneren Frieden der Demokratie!

In der geistigen Rede des Herrn Bergt in der preussischen Landesversammlung ist die politische Schwankung der Deutschen Nationalen noch deutlicher in Erscheinung getreten. Herr Bergt hat ein großes Ordnungsprogramm entwickelt, das den demokratischen und sozialen Forderungen der Zeit manches unerwartete Zugeständnis macht und offensichtlich darauf eingestellt ist, die bürgerlichen Parteien, das Zentrum und die Demokraten, für eine Sammelpolitik gegen die Sozialdemokratie einzufangen. Der neue Plan der Deutschen Nationalen übersieht nur, daß eine Sammlung der bürgerlichen Parteien die längst notwendige Sammlung der Arbeiterklasse zur unmittelbaren Folge haben müßte. Auch dieser Vorgang muß jedem denkfähigen Arbeiter zeigen, daß die nächsten Entscheidungen des Klassenkampfes nicht anders ausgefallen werden können als mit den Mitteln der Demokratie. Die Arbeiter haben die Demokratie erkämpft, würden sie jetzt diese Waffe in die Ecke werfen, so würden sie ihren geschickteren Klassengegnern den Sieg leicht machen und tragen selbst Schuld an ihrer Niederlage.

Die „Freiheit“ wird flegethaft.

Am Schiffbauerdamm gibt es zurzeit eine psychologische Krise. Nicht nur bei Ulstein werden die Temperaturschwankungen der politischen Haltung mit dem Abtontenbarometer gemessen — das aber gibt den Freiheitlern Grund zur Besorgnis. Das Abflauen der politischen Anteilnahme ist ja eine allgemeine Erscheinung, aber die „Freiheit“ hat besonderen Grund zur Feststellung, daß eine gewisse Art von Gehirnkrampf auf die Dauer den Reiz verliert.

Dazu kommt, daß in letzter Zeit die „Freiheit“ ihren geistigen Etat fast ausschließlich mit Hilfe des „Vorwärts“ bestritten hat. Wir bringen die Entlassung und die Anklagen Neundorfs aufs Tapet — die „Freiheit“ wundert sich und drückt nach. Wir veröffentlichen den besaunten dreisten Brief Reinharbs — die „Freiheit“ wundert sich und drückt nach. Läuft wie ein Hündlein hinter dem Schlächterwagen her und schnappt alles Material, um es nochmals zu verdauen. Der „Vorwärts“ deckt den laulen Zauber des sogenannten „Vertrauensvotums“ für Reinhard auf — die „Freiheit“ drückt nach. Der Stolzheiser Reinharbs — „na, überhaupt der „Vorwärts!“ galt denn auch nicht ihr. Ist es ein Wunder, wenn dann die Abonnenten der „Freiheit“ hergehen und fragen, ob denn die Redakteure der „Freiheit“ nicht einmal aus Eigenem etwas wissen und nicht lediglich auf die Tips aus der Lindenstraße angewiesen seien?

Abseits im stillen Land.

Ich bin in Fernem gewesen. Siebzehn lange Tage, bei kleinen Bauerfleuten auf dem Lande. Bei denen ich mich gleich wie zu Hause gefühlt. Herzogt, ist das ein Leben gewesen! Den „Vorwärts“, die „Frankfurter“ und die „Deutsche Tageszeitung“ habe ich nur so notdürftig überflogen, wie es mit äußerster Vernachlässigung betrieblächlich war. Die letzten Tage lang fast nichts von der U. S. P., von Spartakisten und Revolutionskämpfern zu lesen, das allein ist schon eine Erholung.

Ich habe Hühner gefüttert, Erbsen gepalt, Obstbäume geschnitten, im Garten getrieben, im Hause herumgeputzt, die Kühe mit auf die Weide getrieben. Alles Beschäftigungen, die meinem bisherigen „Geistigkeit“ durchaus nicht abträglich waren. In uns allen steckt so viel uraltes Bauerntum!

Und ich habe, wie ein Apfel gebraten, in der Sonne gelegen. Auf dem Hofe steht der volle Erntevogel. Aus dem Stalle beginnt ein Schweinchen zu grunzen, eine Kuh zu mühen. Ein Huhn will gackern, zwei Dreifüßler buffen sich in den Mittagschlaf. Man ist hinüber, ist satt und selig wie unsere einzige Ente, die sich derweilen im Wasserbecken badet.

Ober ich bin im Morgenwind über Weiden gegangen, auf denen die Rinder grasen. Der Wiesenfuß quillt und schauert, ich singe und schwingt sich, fast ohne einen Laut zu geben. Die Vögel fliegen geräuschlos darüber. Das Gestrüpp und die Büsche, es schimmert so frisch und so grün, und die Wiesen sind noch lichtgrüner. Hier und da lugt aus Idyllen das Dach eines Bauerngehöftes, und ferne über Großspitzen quillt ein Kirchturm hervor.

Im Walde, der rings herum steht, habe ich Pilze gesucht. Ich habe im Walde eine Gule gefehen, habe im Wäldchen einen Oechel an die Angel gekriegt. In uns allen steckt so viel uraltes Romaden- und Jägerblut!

Dann ist die Nacht gekommen. Leise und geheimnisvoll rauscht im Nachtwind die Pappel am Hause. Der Mond steht voll und rot und hat mich ans Fenster gezogen. Da ist alles traumhaft aufgelöst. Die Schauer liegt so weich und rein, und der Garten dahinter liegt wie ein Jaubergarten. Die blaue Dampfmaschine steht feierlich wie in Verklärung da, die Kugelbüsche der Koniferen werfen so schwarze Schatten und der weiße und rote Pfingel duftet so stark nach oben. Die ferne Weite aber, das Gras, die Weiden, die Idyllen und Wälder, es hat alles seine festen Umrisse und Grenzen verloren, es sind Seen, Burgen, Räder, Brückenbogen, die phantastisch in verzückten Lichte liegen. Aus dem Walde ruft die Gule herüber.

Ich schau und lausche. Und die Nacht trägt dich über die mystischen Bilderreiche der ätherischen Sinne hinweg, die Seele gleitet zu erinnerungsfulgen und erinnerungsschweren inneren Bildern. Die Nacht läßt uns nach innen schauen und lauschen.

Beim Spaziergang im nahen Städtchen aber, da sah ich nach Feierabend die Nachbarn in Gruppen an der Haustür beisammen. Hier und da, in Wiedermeiergießeln, stand ein helllichtes Fenster

— So mag Herr Stöhringer, an der einst Leonhard Frank vergeblich seine Ohrfeigen vergeudet, seine weniger wandlungsfähigen Rekruten um sich versammelt haben, um ihnen die Notwendigkeit eines aufsehenerregenden, die Kasse befruchtenden Tricks klar zu machen.

So geschieht es. Seit genau drei Tagen parodiert sich die „Freiheit“ in Stillproben, wie sie der „Arizona-Rider“ zur Erheiterung seines wildwestlichen Publikums zu kultivieren pflegte. Nur daß der Wig durch plumpe Gemeinheit ersetzt wird. Raschmenton. Am fürchterlichsten gerät sie wegen unserer Würdigung Gardens aus dem Häuschen. Natürlich. Wenn sich die Kriegshezer und Torpedierungs-enthusiasten Gardens und Stöhringer nicht süßen wollten, gäbe seine Solidarität auf Erden mehr.

Doch warum die öden Schimpfereten der „Freiheit“? Spekuliert sie auf die Märtyrergloriole eines Verbois? Sie wird sich schneiden. Trotz der ihm angebotenen Enge seines Horizonts ist der Reichswehrminister so klug, um ihr dieses geschäftliche Vergnügen nicht zu bereiten, ebensowenig als ihr Schimpfapostel noch einmal der Ehre teilhaftig werden kann, mit anständigen Menschen in schmerzliche Berührung zu kommen.

Die „Freiheit“ soll weiter schimpfen. Wir gönnen ihr den Ehrgeiz, die rethorische Höhe des Bouillonkellers zu erreichen, ebenso wie die Verachtung derjenigen, die flegethaftigkeit noch nicht für die letzte Weisheit revolutionärer Gesinnung halten.

Wiedereintritt der Demokraten.

Nach einer Mitteilung des Reichskanzlers im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung scheint der Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung bevorzustehen. Die Verhandlungen darüber werden zurzeit recht lebhaft geführt und eine Entscheidung ist in kurzem zu erwarten.

Es war vorauszu sehen, daß die Trennung der bürgerlichen Demokraten von der Koalitionsregierung ein kurzes Zwischenspiel bleiben würde, ein Zwischenspiel allerdings, das seinen Urhebern sehr wenig Ehre macht. Der Austritt der Demokraten bei der Friedensunterzeichnung war ein Akt der nackten Feigheit. Sie haben im entscheidenden Augenblick die Verantwortung geschaut, ohne doch ihr in Wirklichkeit zu entgehen. Es wird den Demokraten nichts nützen, daß sie sich im Augenblick des Friedensschlusses „krank gemeldet“ haben; vielleicht tut es jetzt schon den meisten von ihnen leid, dem Druck der deutschnationalen Agitation nachgegeben zu haben.

Man braucht den Demokraten ihren Fehltritt nicht ewig nachzutragen, aber bei der ganzen Sachlage ist man ihnen wenig Entgegenkommen schuldig. Herr Schäffer hat vor seinen Parteigenossen den Schritt als besonders klug gepriesen, denn bei einem Wiedereintritt in die Regierung könnten die Demokraten dann sagen: „Hier sind unsere Bedingungen, nehmt sie an oder wir treten nicht ein“. So liegt die Sache ganz und gar nicht für uns. Gewiß ist es nicht sehr angenehm, mit dem Zentrum allein zu regieren, aber das größte Opfer, das diesem Zustand gebracht werden mußte, ist bereits geschehen: Das Schulkompromiß. Die kommende sozialpolitische Gesetzgebung läßt sich mit dem Zentrum allein vielleicht bequemer machen, als mit dem Zentrum und den Demokraten; jedenfalls hat die Haltung der Demokraten gegenüber dem Betriebsrätegesetz auf das Meiste enttäuscht. Auch wirtschaftspolitisch möchten wir keine Neuauflage des Schiffer-Gotheinschen Manchesterkurzes erleben. Das bedeutet nicht, daß wir ein Zusammenarbeiten mit den Demokraten grundsätzlich ablehnen, aber gerade an uns ist es, von der Gegenseite sehr weitgehende Garantien dafür zu fordern, daß unsere sozial- und wirtschaftspolitische Aufbauarbeit keinen Schaden erleidet.

Gerade der Umstand, daß das Fehlen der Demokraten in der Regierung sich bisher nur sehr wenig störend bemerkbar gemacht hat, zwingt die Demokraten beschließen zu sein, wie er es uns ermöglicht, in Ruhe die Entwicklung abzuwarten. Keinesfalls darf man sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die bürgerlichen Demokraten gegenüber der Zentrumspartei schlechtlweg die bessere Bündnispartei sind. Unbequemlichkeiten hat das Zusammengehen hier wie dort, nur daß diese auf verschiedenem Gebiet liegen. Nachdem wir die negativen Folgen einer Verbindung mit dem Zentrum ziemlich tief haben spüren müssen, darf eine Verbindung mit den Demokraten in keinem Fall so anfangen, daß zunächst auch nur ihre negativen Seiten hervortreten. Nur wenn dies vermieden wird, ist für uns der Augenblick eines Wiederaufarbeitens mit den bürgerlichen Demokraten gekommen.

Die Ernährungsaussichten.

Gegenüber den vielfach geäußerten lebhaften Befürchtungen über die künftige Lebensmittelversorgung erfahren wir an zuständiger Stelle:

Die Getreideernte ist sowohl hinsichtlich der Qualität wie der Menge noch ausgezeichnet ausgefallen. Wenn die Landwirte das geerntete Getreide richtig abliefern, besteht für die Brotversorgung während des Winters keinerlei Gefahr. In Dänemark wurde eine Million Zentner Kartoffeln eingekauft, insbesondere zur Befriedigung der Seestädte, falls die eigene Ernte den an sie gestellten Anforderungen nicht entspricht. Für die Versorgung mit anderen Auslandslebensmitteln sind die Aussichten ebenfalls als günstig zu bezeichnen. Große Fleisch- und Fettlieferungen von Amerika stehen vor dem Abschluß. In Norwegen wurden Heringskäufe getätigt, die den Bedarf bis zum 1. März völlig decken. Auch kondensierte Milch wurde in großen Mengen eingekauft, so daß auch hinsichtlich der Milchversorgung Befürchtungen ungerichtet sind.

Es steht danach außer Frage, daß für die kommende Lebensmittelversorgung ausreichende Getreide und Einfuhrlebensmittel vorhanden sind. In dieser Richtung sind also alle Befürchtungen überflüssig. Die Notruße, die vom Berliner Oberbürgermeister Bernuth ausgestoßen worden sind, und die in weiten Volkskreisen große Besorgnis hervorgerufen haben, wenden sich aber gegen die Gefahr, daß die Landwirte nicht genügend Brotgetreide und Milch abliefern werden. Da die bisher angedrohten und angewandten Strafmittel nicht den Erfolg gezeitigt haben, die Landwirte von diesen Drohungen abzubringen, wäre es angebracht, darüber Aufklärung zu geben, wie man etwaigen Versuchen eines Viehverkaufsstreiks und der Drohung der Landwirte, von der Intensiv- zur Volkswirtschaftlich schädlichen Ertragswirtschaft überzugehen, entgegenzutreten gedenkt. In jedem Falle scheinen die schwarzgefärbten Darlegungen über unsere Ernährungswirtschaft nach dieser Mitteilung in einem andern Richte. Nachdem die Zwangswirtschaft schon so oft tot gesagt worden ist, haben wir auch jetzt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es dem Reichswirtschaftsministerium gelingen wird, die zur Volksernährung nötigen Brotgetreidemengen beizutreiben.

Ein Vorstoß gegen den Adressentag. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Handel und Gewerbe unternahm der Abgeordnete Hammer (Dnat. Sp.) gelegentlich einer Petition aus Handwerkerkreisen den Versuch, die geschäftlichen Bestimmungen über den Adressentag zu verschlechtern, indem er die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit mit mittelständischen Argumenten begründete. Nach einer sehr lebhaften Aussprache, in der sich die Vertreter der Reichssozialisten und der Unabhängigen sehr heftig gegen diesen Versuch wandten, wurde über die Handwerkerpetition mit 10 gegen 9 Stimmen Uebereinstimmung zur Tagesordnung beschlossen.

offen. Die Kruppen der Lindenbäume und die Gartenbüsche hoben sich in dunklen Schattenrissen ab gegen den Sternenhimmel.

In diesem Städtchen habe ich Parteigenossen gefunden, mit denen ich Freund sein könnte. Genossen, die vor manchen der frisch-aufstehenden allernuesten „Kräfte“ unserer Bewegung keine Gnade fänden, deren Lebensanschauung und deren Ansicht von den Kämpfen und Wegen unserer Bewegung aber so ziemlich von gleicher Art wie die meine war.

Und ich habe einen Tischler getroffen, der bei seinem Nachbar Drogist abends beim Klavier Klaus Großhies Lieder sang. „I will, wi weern noch Keen, Johann, do weer de Belt so groot!“

Als ich in Berlin ankam, boten würdige Männer mir Zeitungen an: „Das Verbrechen an einem achtjährigen Mädchen! Mit acht Jahren Mitter!“ Die Generalversammlung der Prostituierten in Berlin! Ihre Gehaltsverhöhung! Ueber das Pfaster ging ein Kammeln, Hämmern, Pfeifen, Brüllen, Knarren, Rasseln. — Und die Linden an der Haltestelle hatten schon fast alle ihre Blätter abgeworfen.

Riesenflugzeuge.

Die Fachzeitschrift „Deutschösterreichischer Motor“ bringt einen zusammenfassenden Artikel über die Entwicklung zum Riesenflugzeuge, dem wir folgendes entnehmen:

Heute kann es für keinen Einsichtsvollen einen Zweifel mehr geben, daß die einzig mögliche Zukunft des Riesenflugzeuges im Dienste menschlicher Kultur, in der Entwicklung zum Großen liegt. Blickt man in die Vergangenheit zurück, gewahrt man allenthalben diesen Zug zum Großen. Zunächst das stetige Anwachsen der Motorkräfte. Betrug sie 1910 „nur“ 50 Pferdestärken, so war sie beispielsweise im W. Aug. 1911 bereits 100 PS, und 1914 bewunderte man kaum noch Flugzeuge mit 200 pferdigen Motoren. Die weitere Steigerung der Motorkräfte scheiterte an der Betriebes- und Propellerfrage, und man entschloß sich, bei noch stärkeren Flugzeugen größere Motoren mit direkt ausgelegter Luftschraube einzubauen. Solche Flugzeuge (zum Beispiel das russische Sikorski) haben den großen Nachteil, daß die Motoren sehr weit auseinanderliegen und dadurch während des Fluges nicht genügend beobachtet und bedient werden können. Während des Krieges wuchsen die Anforderungen an die Tüchtigkeit der Maschinen ungeheuer, besonders als der verstärkte Luftbombentrieb einsetzte. Hier galt es, mit einem Flugzeug möglichst große Lasten schnell von Ort zu Ort zu überführen. Die Schrauben, Getriebe- und Anordnungsschwierigkeiten mußten überwunden werden. Andererseits aber mußte von dem Großflugzeug gegenüber dem Kleinflugzeug eine erhöhte Sicherheit im Betriebe und in der Verwendung bei unglücklichen Wetter gefordert werden.

Die Zeitschrift gibt dann eine eingehende Beschreibung des Flugzeugtyps, wie ihn die Deutschen Flugzeuge in Leipzig ausführen. Ein solches Flugzeug läßt sich durch folgende Ziffern veranschaulichen:

Leergewicht	8 600 Kilogramm
Nutzlast	8 860 „
Gesamtfluggewicht	12 400 Kilogramm

Raum:	
Spannweite	85,0 Meter
Gesamtlänge	21,0 „
Gesamthöhe	6,5 „
Tragfläche der Flügel	265 Quadratmeter.

Das Riesenflugzeug vermag eine Geschwindigkeit von 132 Kilometern mit 20 Personen an Bord zu entwickeln. Zur Bedienung und Lenkung sind ein Kommandant, zwei Führer und zwei Maschinisten erforderlich, mithin verbleiben noch 15 Fluggäste.

Notizen.

— Hans Weismann, der Dichter und Vollenbachdichter, in dessen Büchern norddeutsches Naturwissen und geistiges Ringen und Suchen letzte Gegenwart leben, wird heute fünfzig Jahre alt. Sein wichtigstes Buch heißt: „Evangelienharmonie“. Anthologische Werke und viele Aufsätze, die in Zeitungen (auch im „Vorwärts“) das dichterische Schaffen der letzten Jahrzehnte kritisch beobachtet begleiteten, haben Weismanns Namen sehr bekannt werden lassen.

— Kunst. Zu Ehren des 50. Geburtstages von August Gaul findet im Oktober eine Ausstellung seines bildhauerischen Lebenswerkes bei Paul Cassirer statt.

— Der Heine-Abend des Groß-Berliner Bildungsausschusses, der am 30. September in der Aula des Adnassidischen Realgymnasiums, Elisabethstr. 57-58, abends 8 Uhr, stattfindet, ist als Musterabend für künstlerische Veranstaltungen der sozialdemokratischen Organisationen gedacht. Der hervorragende Heine-Regitator Berlins, Ludwig Hardt, ist für den Abend gewonnen. Jean Hart zur Nieden singt Heinelieder. Genosse Franz Niederich hält einen einflussreichen Vortrag. Der Abend ist für jedermann zugänglich. Karten in der Vorwärtsbuchhandlung, bei Genossen Dorsch, Engelauer 15, und an der Kasse. Eintritt 1 Re.

— Im Neuen Rastum, im Oberlichtsaal des ersten Stodes, hat die Ägyptische Abteilung im Anschluß an eine Papyrus-Ausstellung die herrlichen Plastiken aus Teil el Amarna vereinigt, die zur Lebigen Residenz des Königs Amenophis IV. Neben den berühmten Bildnissen des Pharao und seiner Familie fesseln besonders die Fundstücke aus einer Bildhauerwerkstatt, Bildnisbüste, deren reiner Naturalismus offenbar auf Abformung der Köpfe der Darstellungen beruht.

— Ueberproduktion im Schiffbau. Der stehende Wettbewerb im Schiffbau, der nach den Verstärkungen während des Krieges in fast allen Ländern eingesetzt hat, hat dazu geführt, daß eine Ueberproduktion größten Umfangs einzutreten droht. Bis zum Jahre 1920 wird mit einem Ueberfluß der Gesamttonnage gegen 1914 von nicht weniger als 10 Millionen Tonnen gerechnet. In den Vereinigten Staaten ist der Schiffbau um etwa das Achtfache, in Japan um das Sechsfache gestiegen.

— Weg mit der Kohlenfadenglählampe. In den Zeit der Kohlennot ist ein Gebot der Stunde, die Kohlen fressenden Kohlenfadenglählampen durch die Strom und Kohlen sparenden Metallfadenglählampe zu ersetzen. In den Vereinigten Staaten hat in dieser Erkenntnis die staatliche Brennstoffstelle, wie Prometheus anführt, in einem Jahre den Verbrauch von den Elektrizitätswerken umsonst gelieferten Kohlenfadenglählampen auf die Hälfte herabzusetzen vermocht.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Eine notwendige Ergänzung.

Die Nationalversammlung hat am Schluß ihrer letzten Sitzung ein Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge angenommen...

Nach diesem Gesetz erhalten Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert waren...

Versicherungsfreie Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten, die mit letzteren in häuslicher Gemeinschaft leben, erhalten in Form einer Familienhilfe die gleichen Leistungen...

Winderbemittelten Wöchnerinnen, für die nach den bestehenden Vorschriften kein Anspruch gegeben ist, sollen aus Mitteln des Reiches in Form der Wochenfürsorge die gleiche Hilfe wie die versicherungsfreien Familienangehörigen erhalten.

- 1. eine verheiratete Wöchnerin, wenn ihres Ehemannes und ihr Gesamteinkommen in dem letzten Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2500 M. nicht überstiegen hat; dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren um 250 M.;

- 2. eine unverheiratete Wöchnerin, wenn ihr Gesamteinkommen in dem Jahre oder Steuerjahre vor der Entbindung den Betrag von 2000 M. nicht überstiegen hat, mit der Maßgabe, daß sich dieser Betrag für jedes vorhandene Kind unter 15 Jahren ebenfalls um 250 M. erhöht.

Jedenfalls wollte die gesetzgebende Nationalversammlung durch diese erweiterte Wochenhilfe die wirtschaftlich schlechtergestellten helfen. Ein Studium dieser Bestimmungen zeigt aber, daß dieses Gesetz recht häufig wirtschaftlich besser gestellte Wöchnerinnen gute Dienste leisten wird, während seine Wohltaten den schlechtergestellten versagt bleiben.

Nach § 165 Absatz 2 R.V.O. sind Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte in gebodener Stellung, Handlungsgehilfen, Apothekengehilfen, Pächtern und Orchestermitglieder, Lehrer und Erziehler sowie Hausgewerbetreibende versicherungsfrei, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 5000 M. an Entgelt nicht übersteigt.

Es ist also ein recht großer Kreis von Beschäftigten, die infolge des Ueberschreitens der Verdiensthrege, ruhegehaltsberechtigter Anstellung oder aus sonstigen Gründen versicherungsfrei sind. Dieser Kreis erweitert sich durch die steigenden Gehälter dauernd und erfährt auch mehr und mehr die weiblichen Angestellten.

Wie wirkt nun das kommende Gesetz über die Wochenhilfe und -fürsorge unter Berücksichtigung dieser Tatsachen in der Praxis?

Nehmen wir einmal als Beispiel eine versicherungspflichtige Fabrikarbeiterin, deren Jahresarbeitsverdienst 3000 M. beträgt und die Direktrice eines Konfektionshanfens, die ein Jahresgehalt von 7000 M. hat. Die Fabrikarbeiterin kann ihren Anspruch nur auf Grund ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung geltend machen. Kann sie nicht nachweisen, daß sie im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch

auf Grund der R.V.O. oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert gewesen ist, dann kommt sie nicht in den Genuß der Wochenhilfe. Denn die Familienhilfe ist nicht für sie bestimmt, weil sie ja versicherungspflichtig, nicht aber versicherungsfrei gewesen ist, und die Wochenfürsorge steht ihr nicht helfend zur Seite, weil sie mit einem Jahresarbeitsverdienst von 3000 M. nicht zu den minderbemittelten Wöchnerinnen zählt.

Das hat die Nationalversammlung keineswegs gewollt. Sie hatte nur die anerkenntnismächtige Absicht, wirtschaftlich Schwache zu unterstützen, nicht aber Wöchnerinnen aus den Mitteln der Krankenkassen und des Reiches Leistungen zu gewähren, die sich in einer erträglichen oder guten wirtschaftlichen Lage befinden und demzufolge sogar oft auf die Weiterversicherung bei einer Krankenkasse Verzicht geleistet haben.

Soll deshalb die Wochenhilfe nur den versicherten, minderbemittelten und wirtschaftlich schwachen versicherungsfreien Wöchnerinnen gewährt und das Reich sowie die Krankenkassen gegen Ansprüche von Wöchnerinnen geschützt werden, die ihrer sozialen Stellung nach gar nicht für die Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge in Betracht kommen, dann muß der Begriff „versicherungsfrei“ in § 10 des Gesetzes genau präzisiert werden. Vielleicht läßt sich folgende einleitende Fassung wählen:

„Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder von Versicherten, die mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, erhalten als Wochenhilfe die in § 105 a bezeichneten Leistungen, wenn sie als Ehegatten oder mangels einer Beschäftigung oder infolge eines geringfügigen Einkommens oder vorübergehender Dienstleistungen versicherungsfrei sind oder als Versicherungsfreie (§§ 169—171 R.V.O.) im Jahre vor der Entbindung nicht mehr wie 2000 M. Arbeitsverdienst erzielt haben; dieser Betrag erhöht sich für jedes vorhandene Kind um 250 M. usw.“

Erlangt die von der Nationalversammlung beschlossene Fassung Gesetzeskraft, dann haben wir wieder ein Gesetz, daß schon in kürzester Zeit auf Widerstand stoßen muß und einer Abänderung dringend bedarf. Gustav Wajewitz

Mordanschlag auf den Militärpolizeichef.

Weil er die Schieber verfolgt.

In Schieberkreisen war bekannt, daß der Leiter der Militärpolizei, Major Hinterfah, es war, der in letzter Zeit die Jügel so straff zog und mit festem Griff zufasste, wenn er von Schiebergeschäften erfuhr. Diese „Geschäftsunterbindung“ behagte den Schiebern jedoch nicht, und zunächst versuchten sie es mit Drohbrieffen an den Major.

Als sich Major Hinterfah dadurch aber nicht beeinflussen ließ, lockten sie ihn nach einer abgelegenen Stelle, überfielen ihn dort und versuchten ihn niederzuschlagen und zu erschließen. Nur einem glücklichen Zufall und dem energischen Widerstand des Majors ist es zu verdanken, daß er mit dem Leben davongekommen ist.

Western Vormittag rief ein Mann den Major Hinterfah an. Er nannte sich Müller und sagte, daß er den Major in einer ganz dringenden Sache persönlich sprechen müsse. In kurzem abgebrochenen Sätzen sagte er, daß die Angelegenheit dienstlich, sehr wichtig, groß und eilig sei. Major Hinterfah glaubte es mit einem Vertrauensmann zu tun zu haben, durch den er schon wiederholt wertvolle Fingerzeige erhalten hatte. Er bat ihn, doch zum Bureau zu kommen. „Müller“ sagte nun, daß er heute nicht kommen könne. Auf die Antwort des Majors, daß er dann morgen früh kommen solle, antwortete er, daß er die Verantwortung nicht übernehmen könne, wenn die ganze Sache dadurch in Wasser fallen würde.

Jetzt erklärte sich Major Hinterfah bereit, sich mit ihm anderwärts, in einem Café oder sonstwo treffen zu wollen. „Müller“ gab jetzt als Treffpunkt die Schmargendorfer Brücke an, dies sei ja auch ganz in der Nähe der Wohnung des Majors. Dadurch wurde dieser in seinem Glauben bestärkt, daß es sich um den Vertrauensmann handle, der über seine Wohnung unterrichtet war. Als Zeit setzte er 10 Uhr abends fest. Major Hinterfah begab sich auch zur festgesetzten Zeit an die verabredete Stelle, sah aber zunächst niemand. Als er einige Schritte nach rechts und links gegangen war, sah er vor sich einen großen Mann, der einen Leberzieher mit hochgeschlagenem Kragen und einen grünen Jägerhut mit heruntergeschlagener Krempe trug. Er konnte ihn in der Dunkelheit nicht erkennen, ging auf ihn zu und sprach ihn mit „Herr Müller“ an. Dieser antwortete kurz „Guten Abend Herr Major“ und fügte hinzu, daß er hier mit ihm nicht sprechen könne, weil er befürchte, gesehen zu werden und der Major ihm deshalb folgen möge. Das tat dieser auch. Als „Herr Müller“ aber einen recht abbiegenden dunkelsten Weg einschlug, schloß er Verdacht, folgte ihm nur etwa 10 bis 15 Schritte und rief ihm dann zu, daß hier Platz genug sei, um ungestört mit ihm sprechen zu können. Sein ganzes Gebahren sei doch zu große Angstkneierei und er würde ihm keinen Schritt weiter mehr folgen. Zur Vorsicht und unter Berücksichtigung der vielen Drohbrieffe hatte Major Hinterfah seine Pistole schußfertig in der Tasche. Als er nun dem vermeintlichen Herrn Müller zurück: „Entweder oder!“ sprang dieser plötzlich auf ihn zu, packte

ihn am Hals, riß ihm den Kragen los und schlug ihn mit den Worten:

„Jetzt habe ich Dich, Du Hund!“

mit einem harten, anscheinend Eisennüppel auf den Kopf. Major Hinterfah packte im selben Augenblick den Angreifer mit der linken Hand an der Brust und schob ihn mit der Erwiderung: „Nein, noch nicht!“ eine Kugel in die Brust. Der Betroffene taumelte zurück und schrie laut auf. Im gleichen Augenblick sprangen zwei weitere Männer aus der Dunkelheit hervor. Während der eine aus etwa vier Schritt Entfernung auf den Major schob, diesen aber schelte, hand der zweite, der recht wenig Mut zu haben schien, tatlos beiseite. Major Hinterfah richtete jetzt seine Waffe auf den Schützen. Der Schuß ging aus, doch blieb die Kugel im Lauf stecken. Da er nun kein Verteidigungsmittel mehr besaß, lief er schnell auf die Straße zurück, wo Vorübergehende die Schüsse gehört hatten und stehen geblieben waren. Da keiner von ihnen eine Schusswaffe besaß, konnte Major Hinterfah die Verfolgung der Männer nicht sofort aufnehmen. Er begab sich zum nächsten Polizeirevier und suchte mit Beamten den Schauplatz des Zusammenstoßes ab, aber jetzt war niemand mehr zu sehen. Auch der Betroffene war verschwunden. Wahrscheinlich hatten ihn seine Spießgesellen inzwischen weggeschafft. Da den Major die Kopfwunde, die der Hieb hervorgerufen hatte, heftig schmerzte, begab er sich nach seiner Wohnung, um sie zu kühlen. Er sprach noch mit einem Kommissar, der über ihn im selben Hause wohnte, über den mißlungnenen Anschlag. Als sich der Kommissar wieder in seine Wohnung begab und Licht gemacht hatte, wurde ein Stein gegen den Rollvorhang geworfen. Er zog dieart nur hoch und jetzt fiel der Lichtschirm gerade auf zwei unentschende Männer, von denen der eine gerade die Pistole im Anschlag hielt. Als sich beide erkannt glaubten, ergriffen sie die Flucht und entkamen. Bis jetzt gelang es noch nicht, ihrer habhaft zu werden. Zweifellos handelt es sich um Schieber oder von Schieberkreisen abgehende Leute, die an dem Leiter der Militärpolizei persönlich Rache nehmen wollten.

Es handelt sich hier nicht etwa um die neue Sicherheitspolizei, sondern um eine Polizeikommission, die ganz besonders die Verbindungen mit Deterodt zu bearbeiten hat.

Groß-Berlin

Trohung mit der Einstellung der Milchzufuhr.

In der Antwort der Zeitstelle Groß-Berlin auf das Schreiben des Brandenburgischen Landbundes über die künftige Gestaltung der Milchversorgung, worin der Landbund eine bindende Entschliebung bis zum 1. Oktober verlangte, heißt es u. a.:

„Der Landbund fordert zur Entscheidung über die diebwirtschaftlichen Maßnahmen“ bis zum 1. Oktober d. J. die klare Ent-

schliebung, daß ihm alles in Grunde „wurst“ ist, nur in Ruhe soll man ihn lassen. —

Herr Fontan steht auch in der Wirtstube. Eine Frau schleppt ein ganz schwaches und dünnbeinigtes Kindlein vorbei. Die Frau sagt: „Das Kleine ist krank, weil es nicht genug gegessen hat, Herr Fontan.“ Da sagt Fontan gutmütig: „Na, und ich, ich bin auch krank, weil ich zu viel esse.“

Der Feldwebel grüßt und geht seines Weges. Aber Crillon sagt: „Er hat recht, dieser elegante Herr, es ist immer so gewesen, und das wird immer so sein, natürlich, ja!“

Ich rühre mich nicht und schweige noch. Ich bin noch müde und betäubt von allen diesen Worten. Ich höre noch immer die Stimme, die aus mir selber spricht, nichts Anderes. Aber ich weiß wohl, daß alles, was in mir spricht, nur die Wahrheit ist. Der Patriotismus bedeutet für die meisten nur soviel wie ein Wort oder ein Werkzeug, und ich spüre an mir noch immer die Lumpen des gemeinen Soldaten. Ich zude mit den Wimpern und ich begreife, daß die armen Leute geschändet und entehrt werden, da man sie derartig betrügt.

Ich blide Crillon an. Er lächelt, wie er immer lächelt! Ueber sein farbiges Gesicht breitet sich noch immer das Lächeln der alten Zeiten, aber jetzt wird es jeden Tag von Zeichen und Falten durchfurcht. Seine Jügel sind verwelkt. Die Augen stehen rund in ihren Höhlen. Der starrende Mund ist aufgerundet wie eine Null. Einstmals habe ich geglaubt, daß die Ergebenheit eine Tugend sei, jetzt sehe ich, daß sie ein Laster ist. Wer immer alles rosig sieht, ist der ewige Spiegel aller Verbrecher. Dies geduldige Lächeln, das ich eben bewundert habe, es kommt mir nun niedrig und gemein vor.

In der Kneipe ist es voll geworden. Da sitzen Arbeiter aus der Stadt, und besonders Arbeiter vom Lande, alte und sehr junge.

Was tun sie alle, diese demütigen Menschen und armen Schlucker? Sie sind von Schmutz bedeckt, und sie trinken. Es ist doch erst Morgen, und schon liegt die Düsterteit über ihnen. Sie sind eben von Schmutz bedeckt. Diese Düsterteit, die sie auf ihrem Leibe einerschleppen, verdrängt das Licht, und sie stäubt auch einen muffigen Dunst aus. Und zu den Arbeitergruppen gesellen sich drei Soldaten vom Lazarett.

Man erkennt sie an ihren groben Kleidern, an ihren Mühen und ungehobenen Schuhen. Und dann gehen sie auch in dem gleichmäßigen eintönigen Trott, durch den sie aneinander gemietet sind.

All diese Trinker greifen kräftig zum Glase. Darum reden sie lauter. Darum werden sie erregter und schreien durcheinander. Endlich versinken sie sichtbar in die Bewußtlosigkeit, in das Vergessen und in den Verfall.

Der Birt steht beim Schantisch, der wie Silber glänzt. Wie eine unbewegliche Figur steht er mitten in all diesem Farblosen und Regungslosen. Er läßt die Arme baumeln, die nackt und bleifarben sind wie die Haut seines Gesichts. Er wischt vergossenen Wein auf, und seine Hände tröpfeln und triesen wie Fleischgerhände.

Dann sagt Crillon plötzlich: „Ich habe Ihnen gar nicht gesagt, daß wir Neuzugenen von Ihrem Regiment bekommen haben. Dem kleinen Meluffon haben sie beim Angriff den Schädel eingeschmettert. Zu Haus war er bloß ein Strich und ein blohes Faultier. Aber dort ist er wie ein Befestener vorgeführt. Jawohl, ja, der Krieg bringt die Menschen wieder Leib und Seele zusammen!“ Und ich frage: „Und Termite?“

„Ach so, Termite, der Wilderer, aber den hat man ja schon seit langem nicht mehr gesehen. Es scheint, daß er verschollen ist, ist wahrscheinlich umgekommen.“

Dann spricht Crillon auch von den Leuten hier: Bribille ist immer noch der Gleiche, Sozialist und Skandalmacher. Crillon meint: „Da ist auch dieser gefährliche Eudo, der, wo immer seine allgemeine Menschenliebe spazieren führt. — Denken Sie sich bloß, man hat ihn absolut nicht wegen seiner Spionagemanöver kriegen können! Nichts in seine Vergangenheit, nichts in seine Geschäfte, nichts in seine Ausgaben, wo man ranfandte. Auch ein feiner Spürhund sein, dieser Eudo!“

Und ich denke: Wenn alles das nun nicht wahr wäre? Dennoch kommt es mir entsetzlich vor, all diese festgewurzelten Glaubenssätze umzuwerfen, die bei uns so lange gegolten haben. Ich wende ein: „Vielleicht ist er gar nicht schuldig?“

Crillon springt auf und schreit: „Was? Sie glauben, daß er unschuldig ist?“

(Wortl. folgt.)

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse.

Verdeutschelt von Max Hochdorf.

Der neue Ankömmling nimmt seine Rüge ab, er starrt zum Fenster und gähnt. Dann sagt er: „Es ist ein idios Leben!“ Er rückt näher und redet uns an. Mit Schwung und Schnoddrigkeit schwagt er über die Dinge und über die Menschen daher. Er arbeitet auf der Bürgermeisterei und weiß viele Geheimnisse, in die er uns einen Blick tun läßt. Er deutet auf zwei Gäste in dem Winkel, wo immer die Kaufleute sitzen, und sagt: „Das ist der Kolonialwarenhändler und der Eisenwarenhändler. Die verstehen sich aufs Geschäft. Anfangs hat's natürlich eine Geschäftsstrife gegeben, und die Leute mußten den Gürtel anziehen wie wir auch. Dann haben sie sich aber gerächt und alles gehamstert uns mit allem Spekulant, und das setzen sie nun so fort! Was die alles an Waren in ihren Kellern aufbewahren, um die Haufe abzuwarten, die in den Zeitungen versprochen wird. Na ja, die haben bloß die eine Entschuldigung, daß es die Anderen, die noch dickfälliger sind, noch schlimmer treiben. Jawohl, man kann behaupten, daß die Kaufleute im Kriege eine schöne Idee von ihrem Patriotismus geliefert haben!“

Der junge Blonde Mann streckt sich und redt sich der Länge nach aus. Er stemmt sich mit den Schuhen gegen den Erdboden, er stemmt die Arme auf den Wirtstisch und gähnt mächtig. Dann fängt er von frischem zu reden an, ohne sich darum zu kümmern, ob man ihn hört: „Neulich habe ich auf der Regierung die Papiere durchgesehen, auf denen die Zuschläge für das Ministerium berechnet werden müssen. Ich weiß nichts Bestimmtes, ich habe sie nicht alle durchgesehen, aber ich bin sicher, nein, ich weiß es bestimmt, na, und Sie wissen es doch auch bestimmt, all diese Papiere, das sind nur ganze Säulen und ganze Dokumente von Bluff und von Lügen!“

Der Blonde ist wichtig und unerschöpflich und geschmeidig. Er weiß genau über alles Bescheid, da er doch in seiner Schreiberei sitzt, wo er sich vom wirklichen Kriege drücken kann, und er erzählt allerhand Standalgeschichten von Riesenprofiten, während der brave Mann aus dem Volke sich schlagen muß. Er spricht und spricht, um endlich festzustellen,

Freibung, ob Groß-Berlin sich aller Kommunalisierungsmaßnahmen enthalten will. Das kann nicht anders als dahin verstanden werden, daß Mitglieder des Landbundes beim Ausschleiben der Entscheidung die Milchzufuhr nach Groß-Berlin mindern oder einstellen wollen. In diesem Sinne spricht das Schreiben auch von einer Verminderung des Milchviehs auf den eigenen Bedarf des Landwirts. Die Erklärungen des Landbundes würden dann einen Druck enthalten, wie er in den bewegtesten Tagen der jüngsten Vergangenheit nicht ausgeübt worden ist, da hier alle Streiks noch immer vor den Lebensmitteln Halt gemacht haben. Sichtlich werden die Landwirte Brandenburg in großer Ueberzahl ein solches Vorgehen mitzumachen nicht gewillt sein. Über nachdem die Versorgung Groß-Berlins bereits von 1000000 auf 2000000 Liter gesunken ist — eine Abnahme, die abnehmend zu der Höhe der Milchzeugung auf dem Lande ganz außer Verhältnis steht — führt jede weitere Verknappung zum Hungern und Verhungern von Groß-Berliner Kindern und Kranken. Sollte ein von so furchtbaren Folgen begleitetes Vorgehen wirklich im Plane liegen, so müßte die Staatsgewalt mit einschneidenden Maßnahmen eintreten. Verlangen auch diese, so wird die große Masse der Verbraucher durch weiteres Entziehen des Lebensunterhalts zur Verzweiflung getrieben, und so müssen wir uns auf das Vorhandensein der unsrer gesamten Vaterland das größte Unheil bringen werden.

Hiermit erklären wir uns zur Abgabe der geforderten Erklärung außerstande. Wir sind aber selbstverständlich gern bereit, über die sachliche Gestaltung der Milchversorgung sachliche Verhandlungen zu pflegen, die zum Teil auch schon eingeleitet sind.

Schulen und Kohlennot.

Fünf Wochen Weihnachtsferien.

Infolge der Kohlennot sind nach Ansicht der Magistratsbehörden Zusammenlegungen von Schulen in diesem Jahr wieder notwendig. Der Charlottenburger Magistrat hat bereits beschlossen, immer zwei Anstalten zusammenzulegen und für die eine Schule am Vormittag, für die andere am Nachmittag Unterrichtsstunden festzusetzen. Dadurch wird die Hälfte der Anstalten gespart und eine wesentliche Herabminderung des benötigten Heizmaterials erreicht. Außerdem hat der Charlottenburger Magistrat beschloffen, der Schuldeputation zu empfehlen, in diesem Jahr die Weihnachtsferien vom 15. Dezember bis Januar dauern zu lassen.

Ein einfaches Mittel zur Beseitigung der Berliner Wohnungsnot. Rechtsanwalt Simon, der Syndikus des Bundes der Haus- und Grundbesitzervereine Groß-Berlins schlägt in einem Antrag in der „Deutschen Grundbesitzer-Zeitung“ ein einfaches Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot in Groß-Berlin vor. Es heißt da: „Es gibt in Groß-Berlin und in allen anderen Großstädten ebenfalls einen Wohnungsmangel, wie es einen Arbeitsmangel gibt. Vielmehr besteht entsprechend der Arbeitslosigkeit die Gefahr der Wohnungslosigkeit. Beide Erscheinungen haben dieselben Ursachen, nämlich die Ueberfüllung der Großstädte. In Groß-Berlin hatten wir vor dem Kriege etwa 60-70000 Wohnungen leer stehen, also genüht die Wohnungen überreichlich für die vorhandene Bevölkerung. Es wird sich doch niemand einreden können, daß jetzt in Groß-Berlin für mehr Personen Lebensmöglichkeit, das heißt Arbeit und Verdienst vorhanden sei, als vor dem Kriege. Die Arbeitslosigkeit in Berlin und anderen Großstädten rührt also nur daher, daß die Bevölkerung jetzt größer ist, als sie ihre Existenz in der Großstadt finden kann. Der angebliche Wohnungsmangel ist nur eine Folgeerscheinung dieser Ueberfüllung, und man kann sie nur dadurch beseitigen, daß man dafür Sorge trägt, diejenigen aus der Großstadt zu entfernen, die dort keine Existenzmöglichkeiten haben. Wie die „Voss. Zig.“ seit Wochen dauernd ansführt, ist dies der geeignete Weg, um auch den angeblichen Wohnungsmangel, der nur eine Folgeerscheinung ist, zu beseitigen. Solange die Behörden hierzu den Mut nicht aufbringen, werden sie den Wohnungsmangel ebenfalls beseitigen können, wie die Arbeitslosigkeit.“

Mit diesen Ausführungen beweist der Herr Syndikus, daß er selbst vom Wohnungsmangel keine Ahnung hat. Nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den Kleinstädten, ja sogar auf den Dörfern macht sich der Wohnungsmangel bemerkbar. Wollte man also die Berliner Arbeitslosen auf dem flachen Land anhebeln, so müßte man auch dort erst Wohnungsmöglichkeiten schaffen. Wir empfehlen also dem Herrn Syndikus, sich mal eingehend mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen, vielleicht sieht er dann ein, daß die Frage nicht so verblüffend einfach zu lösen ist, wie er es oben getan hat.

Eltern-Nachlässigkeit. In der Versammlung für die weltliche Schule, die Mittwoch in der Aula Wittstraße tagte, wies Genossin Nieberg darauf hin, daß in den Berliner Arbeiterquartieren, speziell im Norden und Osten, so wenig Eltern ihre Kinder vom Religionsunterricht befreien lassen. Eringend forderte sie in dieser Frage die Unterstützung der sozialistischen Lehrerschaft durch die organisierte Arbeiterklasse. In der ausgedehnten Diskussion erklärten sich sämtliche Redner, bis auf eine Genossin, im Sinne der Referentin. Diese Genossin verteidigte die Kirche und führte als letztes Beweismittel an, daß ihr Nachbar, ein sehr harter H. S. P. Mann, auf seinem Krankenlager wieder kirchlich gesinnt worden sei.

„Sachverlust.“ Hausfrauen, die Mehl zum Bäcker tragen und daraus Weißbrot backen lassen, machen nicht immer die besten Erfahrungen. Eine behördliche Vorschrift sagt, daß der Bäcker verpflichtet ist, auf je 500 Gramm Mehl mindestens 600 Gramm Gebäck zu liefern. Wiederholt sind uns aber Klagen darüber zugegangen, daß die gestiefelte Menge Gebäck bei weitem nicht das vorgeschriebene Gewicht hatte. Eine Hausfrau, die 2000 Gramm Weizenmehl zum Bäcker trug und nur 2100 Gramm Gebäck zurückerhielt, schreibt uns: „Was sagen Sie dazu? Kann ich den Bäcker belangen? Meiner Ansicht nach sollte man das nicht so ruhig hingehen lassen.“ Ja, das ist auch unsere Ansicht, daß man sich das nicht gefallen lassen soll. Bäckern, die ein so sonderbares Versehen machen, fällt eine gehörige Belohnung zu.

Die Post-, Telegramm- und Fernspreckgebühren sind ab 1. Oktober ganz wesentlich erhöht. Wir haben sie feinerzeit mitgeteilt und können es nicht wiederholen. Telefonbesteller können vom 15. Oktober bis 1. November kündigen.

Der Vorortbahnhof Petershagen wird demnächst dem Betriebe übergeben. Er ist soweit fertiggestellt, daß der Betrieb im Laufe der nächsten Wochen eröffnet werden kann. Dann wird auch die landschaftlich schöne Gegend der Müdersdorfer Kalkberge dem Berliner Ausflugsverkehr erschlossen.

Verhaftung zweier Sicherheitsbeamten der Kommandantur. In dieser, einer Korrespondenz entnommenen Notiz in Nr. 491 stellt die Führung der W. A. d. A. fest: Der Reviervorsteher Karl Müller des Reviers 8 der W. A. d. A. wurde unter dem Verdacht, an einer Piquettenschiedung beteiligt zu sein, verhaftet. Es ist indessen unrichtig, daß dieser Piquettenschiedung beschuldigt und mittels eines Automobils abgeholt habe. Die ganze Angelegenheit ist durch keine Diensthandlung irgendwie berührt, es handelte sich vielmehr um ein Privatgeschäft, bei dem der Reviervorsteher einer Piquettenschiedung unterlag, indem ihm alaubhaft gemacht wurde, es handele sich um einen durchaus realen Vorgang. Die Angelegenheit ist nunmehr geklärt und der Schwinder namens Lorenz, welcher den autogeblichen Reviervorsteher als Vorpann für seinen Betrug mißbraucht hat, verhaftet.

Während der Bearbeitung ihres Mannes von Einbrechern schwer heimgesucht wurde die Witwe des Oberleiters der jüdischen Gemeinde Strohmann in der Prenzlauer Allee 40. Die Verbrochen drangen mit Nachschlüssel ein und haben für über 100000 R. Schmuckstücke und Wäsche. — Weiskämmerer Dr. Himmelfarb gewaltsam mit Stimmzettel die Räume der Firma Wendelsohn,

Wendelsohn u. Co. in der Taubenstraße 23a und haben für etwa 70000 R. fertige Seidenkleider, Wäsche und weißgestrichelte Stoffe.

Das Opfer einer Schnapsvergiftung ist der Schankwirt Emil Roth aus der Esserstraße 1-2 zu Neukölln geworden. Der Mann frank in seinem eigenen Geschäft mehrere „Kognaks“ und erkrankte gleich darauf so schwer, daß ärztliche Hilfe geholt werden mußte. Trotz aller Bemühungen, ihn zu retten, starb er zwei Tage danach. Der behandelnde Arzt vermutet, daß eine Weiskämmerungsvergiftung vorliegt. Es kann sich aber auch um eine andere todtbringende Vergiftung handeln. Die Leiche des Verstorbenen wurde gestern beschlagnahmt. Durch Obduktion soll die Todesursache genau festgestellt werden. Ermittlungen über die Herkunft des „Kognaks“ wurden von der Neuköllner Kriminalpolizei sofort eingeleitet.

Kraubenschlag im Produktengeschäft. Als gestern nachmittag die Tochter Anna des Produktenhändlers Kosowski allein in dem Kellerraum des Hauses Stralauer Platz 4, in dem das Geschäft betrieben wird, anwesend war, wurde sie von drei Männern plötzlich überfallen, zu Boden geworfen und geknebelt. Dann warfen die Räuber das Mädchen in eine Ecke des Kellers und deckten es mit Lumpen zu. Als sie hörten, wie jemand die Kellertreppe hinunterkam, ergriffen sie alle drei die Flucht. Der 14-jährige Bruder der Ueberfallenen, der nichtahnend die Schwester aufsuchen wollte, suchte zuerst vergeblich, bis er schließlich sah, wie aus einem Lumpenbündel ihr Arm hervorsah. Er benachrichtigte einen Polizeiwachmeister. Das Mädchen hatte vor Schreck die Besinnung verloren.

Chemie-Experimentierkursus an der 7. Volkshochschule für Jungen und Männer. Charlottenstr. 74, Beginn am 8. Oktober. Anmeldungen bis zum 1. Oktober täglich abends 7-9 Uhr, außer Sonnabends.

Eine Vereinigung der Militär-Versorgungsämter wird angestrebt. Die Zentralstelle ist so groß, daß ausreichende und geeignete Gebäude nur in der General-Pape-Str. gefunden wurden. Die hier liegenden bekannten Landwehr-Dienstgebäude sind durch Hinzunehmen des Kasernebaus des Eisenbahn-Regt. Nr. 4 so vergrößert, daß in Zukunft untergebracht sind: die Landwehr-Inspektion Berlin, das Gericht der Landwehr-Inspektion, die Bezirkskommandos I-VI Berlin, die Versorgungsabteilungen der Bezirkskommandos I-VI Berlin, die Entlassungsstellen I-VI Berlin und die Arbeitsbeschaffungsstelle der Landwehr-Inspektion. Geabstigt ist, noch darüber zu verlegen das Versorgungsamt für Groß-Berlin und die Altkaserne (bisher Hofkommandeur). Verkehrsverbindungen: Ring- und Vorortbahnhof Bismarckstr., Straßenbahnlinien III, 23 und 41 und I, 2 und 43 bis zur Kolonnenbrücke. Den berechtigten Wünschen der Kriegsschädigten auf weitere Ausgestaltung der Verkehrsverbindungen entsprechend, sind Schritte bei der Straßenbahn unternommen. Zur Unterbrechung des Publikums ist am alten Eingang zu den Bezirkskommandos eine Kasse eingerichtet. Ueber die Verlegung der Versorgungsabteilungen der Bezirkskommandos siehe Anzeigenteil.

Die Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker hat im Auftrag der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilbeschäftigung eine Reihe von Werksblätter angefertigt, welche die beimehrenden Kriegsschädigten kostenlos vom Bureau der Zentralstelle, Berlin NW 7, Georgenstraße 44, I, beziehen können.

Neukölln. Stadtverordnetenversammlung. Der bisherige unbesoldete Stadtrat Genosse Wuyts, der zum besoldeten Stadtrat gewählt ist, wurde in sein Amt eingeführt. Er wird die Leitung des neuerschaffenen Wohlfahrtsamtes übernehmen. — Die Neuwahlen von 14 unbesoldeten Stadträten ergaben als gewählt: von der S. P. D. die bisherigen Stadträte Dr. Silberstein, Conrad, Schuch, Nöhn, Ruyt, Jarch, von den Unabhängigen Gewerkschaftsangehöriger Rogge, Gewerkschaftsangehöriger Gottschalk, Kassenangehöriger Waldhorn, Stadtrat Vohler, Stadtrat Fritsch, von den Demokraten Vätermeister Wagner, Stadtrat Dr. Vordach, von den Bürgerlichen Stadtrat Nieme. Zum Provinziallandtag wurden gewählt: von der S. P. D. Stadtrat Scholz, Stadtrat Dr. Silberstein, von den Unabhängigen Stadtrat Vohler, von den Bürgerlichen Stadtrat Abraham, kein Demokrat. — Dem Ortsauschuß für die Kriegsschädigten sind 300000 R. bewilligt. — An der Gangehoferstraße sollen Baracken für Bureauräume aufgestellt werden. Gegen die Forderung, das von der städtischen Beschäftigtenstelle eingenommene Haus in der Veraststraße wieder zu Wohnzwecken frei zu machen, wandte sich Stadtrat Wielepp (H. S. P.), die Bureauräume wurden genehmigt. Zugestimmt wurde auch der Vorlage auf Errichtung von Wohnzweckbaracken am Mariendorfer Weg. — Bei einer Vorlage auf Vermehrung der Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den Volksschulen, die angenommen wurde, betonte Gen. (S. P.) die Notwendigkeit durchgreifender Herabsetzung der Klassenfrequenz. — Ein sozialdemokratischer Antrag der Fraktion forderte, in den Vertrieben und Bureau der Stadt mehr Kriegsschädigte und Kriegshinterbliebene zu beschäftigen. Ehring (S. P.) rügte die Abweisung einzelner Betriebsleistungen und Verwaltungen gegen die Einstellung von Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. Gieseler (S. P.) sei im Dienste der Stadt aus der Kriegszeit her noch Personen beschäftigt, die es nicht nötig haben. Bürgermeister Dr. Mann wollte glauben machen, daß diese Darstellung übertrieben sei. Die Forderung des Antrags sei bereits Grundlag bei der Stadtverwaltung, behauptete er. Den Antrag empfahlen auch die Redner der Unabhängigen und der Demokraten. Er wurde dem Ausschuß für Angelegten- und Beamtenfragen überwiesen. — Die Unabhängigen beantragten, der Magistrat solle die vom Internationalen Bund der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen an ihn gerichteten Wünsche erfüllen. Stadtrat Nöhn berichtete über die Schritte, die der Magistrat getan hat, um möglichst Erfüllung der Wünsche herbeizuführen. Der Antrag wurde dem Magistrat als Material überwiesen. — Gegen die Verwendung von Schulkindern bei öffentlichen Geldsammelungen wandte sich ein Antrag der Unabhängigen. Stadtrat Vudonau bemerkte, daß über diese Dinge die städtische Aufsichtsbehörde zu entscheiden habe. Daß auch die städtische Schulverwaltung nicht machtlos gegen solche Mißbräuche ist, wurde durch den Redner der sozialdemokratischen Fraktion festgestellt. Der Antrag fand Annahme. — Ein Deputationsantrag der sozialdemokratischen Fraktion forderte vom Magistrat Auskunft über die gegen Stadtrat Bier öffentlich erhobene Beschuldigung der Lebensmittelschiebung. Bürgermeister Dr. Mann erwiderte, die vom Magistrat und dem Lebensmittelausschuß eingesetzte Untersuchungskommission habe festgestellt, dem Stadtrat Bier seien auf seine Bestellung Futtermittel zugeführt worden, auf dem Auto seien auch Waren gewesen, die für das Krankenhaus Rudolf bestimmt waren, aber versehentlich in der Villa des Stadtrats Bier in dessen Winkel mitabgeladen wurden. Die Beschlagnahme der Waren sei nach Aufklärung des Sachverhalts wieder aufgehoben worden. Stadtrat Bier habe nicht unrechtmäßig Lebensmittel aus städtischen Beständen bezogen. In eine Debatte über diese Auskunft wurde nicht eingetreten. Die Versammlung sah die Anfrage als erledigt an.

Lichtenberg. Stadtvertretung. Genosse Wolf fragt den Magistrat, weshalb bei Bekanntgabe der Feuerwehrestellen das Polizeipräsidium als „königliches“ bezeichnet werde. Stadtrat Koch erklärt, daß es sich um einen Irrtum handele, der künftig vermieden wird. Bürgermeister Marzly verpflichtet die 12 neu-gewählten unbesoldeten Stadträte. Zum Stadtrat wird Gen. Sigge mit sämtlichen 57 Stimmen gewählt, zum Stadtmögner Stadtrat Dr. Nachweh mit 45 Stimmen. Die Fraktion der S. P. D. beantragt die Entfernung der Bilder der früheren kaiserlichen Familien aus den Schulen und öffentlichen Gebäuden. Justizrat Schachtel (Würgerl.) hielt den Antrag für überflüssig, weil in Lichtenberg derartige Bilder nicht vorhanden seien. Wie die ersten Redner der Stadt über die in ihren Amtsdäumen befindlichen Bilder denken, muß man ihnen überlassen. Gen. W. r. u. s. hebt hervor, es handele sich hier nicht um Privatwohnungen, die sich jeder einrichten kann wie er ihm beliebt, sondern um städtische Räume. Bürgermeister Dr. Marzly hält es nicht für unmahrscheinlich, daß die Sozialisten, wie er wörtlich bemerkt, die

Bilder noch einmal zurückbringen. Nach langer, zum Teil stürmischer Debatte, wird dem Antrag zugestimmt, die Beseitigung soll sich auf Wunsch der Bürgerlichen auch auf die vorhandenen Büsten erstrecken. Ein weiterer Antrag unserer Genossen auf Verlegung des Religionsunterrichts zu Beginn (?) oder Ende der Schulzeit wird, nachdem Gen. Regel auf die Bedeutung dieser Frage hingewiesen hatte, dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Schaffung einer Deputation für Volksschulen und Volkshochschule wird zugestimmt und die von uns beantragte Errichtung von Jugendheimen ihr überwiesen. Der Vorlage, daß in einzelnen Fällen die Verammlung beschließen kann, unter Ausschluß der Pressevertreter zu verhandeln, wird zugestimmt. Ein solcher Beschluß ist in geheimer Sitzung zu fassen. Unser Antrag, der Magistrat möge wegen der Kohlennot dahin wirken, daß der Beschäftigten in Lichtenberg um 8 Uhr erfolgt, wird angenommen. Zum Provinziallandtag wird von der sog. Fraktion Genosse W. r. u. s. gewählt.

Pankow. Gemeindevertretung. Auch im Pankow bürgegen sich die Geflohenheit des Lit. und Dreizehens der Tribünenbesucher bei den Sitzungen ein. So kam es in der letzten Sitzung verschiedentlich zu rechtlichen und unruhigen Störungen. Eine Anfrage der Unabhängigen, wer die bisher im Gewerkschaft der hiesigen Polizei gewählten Wassen und Munition durch Reichwehrruppen abgeholt beantragt habe und wohin dieselben gebracht worden seien, führte zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Unabhängigen und Reichspartei, wobei auch über Wert und Menge des kommunalen Arbeiterrats gestritten und von den Tribünenbesuchern in lärmender Weise mitgewirkt wurde. — Ein Antrag der Reichspartei forderte Beschleunigung der Arbeiten am Ausbau der Berliner Straße und sonst einmündige Annahme. — Beschlossen wurde einstimmig der Anlauf von 50 Holzhäusern vom Wohnungsverband, die auf dem Pankower Siedlungsgebiete zur Aufstellung gelangen sollen und die Festlegung des Einheitsverpflegungssatzes für auswärtige Kranke im hiesigen Krankenhaus auf 6 R. für Erwachsene und 4 R. für Kinder. — Zu ausgedehnten und heftigen Auseinandersetzungen kam es bei der Beratung verschiedener Anträge des Arbeitlosenrats, wobei die Tribüne wieder ziemlich geräuschvoll mitwirkte. Zunächst handelte es sich um die Finanzierung der Arbeitlosenberufungen und von nachträglicher Bewilligung von durch schon zurückliegende Personensammlungen entstehenden Unkosten in Höhe von 119,80 R. Mehrerer Antrag wurde einstimmig und für zukünftige Arbeitlosenberufungen eine monatliche Beihilfe von 40 R. gegen die Reichspartei und den Magistrat bewilligt. Ein weiterer Antrag des Arbeitlosenrats verlangte Erhöhung der Arbeitlosenunterstützung. Vom Gemeindevorstand und der Finanzkommission wurde die Zahlung einer einmaligen Unterstützung von 5 R. für Unberufte und 10 R. für Berufte aus Gemeindegeldern bewilligt. Die Fraktion der S. P. D. beantragte durch Genossen W. r. u. s. diese geringfügigen Sätze auf 10 resp. 20 R. zu erhöhen, worauf die H. S. P. mit 15 resp. 30 R. das Rennen um die Gunst der Arbeitlosen zu machen versuchte, was zu einer wenig erbaulichen Auseinandersetzung zwischen den feindlichen Parteien, wiederum unter lebhafter Mitwirkung der Tribüne, führte. Beschlossen wurde schließlich nach oft heftigen Zusammenstößen zwischen der Rechten und Linken dem Antrag der S. P. D. gemäß. — Um die Milchversorgung Pankows zu fördern, wurde die Vermehrung des Viehbestandes auf Gut Nützenbuck um 15 Kühe zum Verkaufspreise von rund 50000 R. beschlossen. — Zwei Anträge der aufrechten Linken und der äußersten Rechten liefen auf das bekannte „Haus zu meinen Nutzen, hau ich dem“ hinaus. Die Rechte fragte an, was die Gemeindeverwaltung zu tun gedenkt, um die Beschäftigung der dem Arbeiteramt zugewiesenen Bureauhilfskräfte mit Parteiarbeiten für die H. S. P. zu verhindern, während die Linke wissen wollte, wie sich die Verwaltung zur Beschäftigung von Hilfskräften mit Kriegsgewerkschaften für die Rechte während der Dienststunden stelle. Der Fraktionschef erwiderte mit dem Versprechen beiderseitiger Besserung und größter Wachsamkeit der Gemeindeverwaltung.

Potsdam. Die ersten sozialdemokratischen Stadträte sind in den Magistrat eingezogen: S. P. D. Rudolph Wessenberg und Maurer Siebelsand, von der H. S. P. Schumacher, Staud und Betriebsleiter Ahl. Die Demokraten erhielten 3 Sitze mit Hilfe unserer Genossen, die dadurch den Deutschnationalen ein Mandat weggenommen, die Deutschnationalen erhielten 8 und die Deutsche Volkspartei 2 Sitze. Der Magistrat weist auch das erste Potsdamer Stadtrat auf, die Telegraphenbureauin Krahn. In der Wahl der Provinziallandtagsabgeordneten erhielt der Kandidat der S. P. D. für den auch die Unabhängigen stimmten, Böning, mit 10 Stimmen die höchste Stimmenzahl, Stadtrat Wessenberg (S. P. D.) 8, Stadtrat Lehmann (Dem.) 14 Stimmen. Oberbürgermeister Hoffmann, der für die Deutsche Volkspartei kandidierte, blieb mit 9 Stimmen in der Minorität.

Wiesbaden. Gemeindevertretung. In der Schule ist ein Jugendheim eingerichtet worden. Die Schlichtung von Streitigkeiten aus Nachverträgen von Kleingärten ist dem Miteinigungsamt übertragen. Die Regierung wird ersucht, durch Gesetz den Gemeinden das Recht der Kommunalisierung der Lebensmittel zu geben. Einmündig wurden Richtlinien für die Zusammenarbeit des Gemeindevorstandes mit dem Betriebsrat beschlossen. Man stellt letzteren mitten in den Betrieb hinein. Es ist kein Angelegenheitsauschuß, sondern ein mitarbeitender, Beamte, Angestellte und Arbeiter zusammenschließender Faktor, dem die Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen und das Arbeitsverhältnis berührenden Fragen zuerkannt ist.

Schöneberg. Zum Ausschreiben des Bürgermeisters Nachwies, Bürgermeister Nachwies, der zum Verbandsvorsitzer des kommunalen Giro-Verbandes der Provinz Brandenburg gewählt worden ist, scheidet aus der Schöneberger Stadtverwaltung aus. Sein Austritt wird jedoch erst erfolgen, wenn sich die künftige Gestaltung der Groß-Berliner Verhältnisse und die Eingliederung Schönebergs übersehen läßt, also voraussichtlich zum 1. Januar 1920.

Neukölln. Städt. Rechtsanwaltsstelle. Sprechstunden regelmäßig vormittags 10-11 und nachmittags nur Dienstag und Freitag 4-8 Uhr. Da die Nachmittagsprechstunden in erster Linie für diejenigen Besucher bestimmt sind, die zu anderer Zeit nicht erscheinen können, wird das Publikum dringend ersucht, die Vormittagsprechstunden zu benutzen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis 30. September im 187, 148, 184, 217, 231, und 232, bis 1. Oktober im 2, 3, 134, 185, und 234. Preislistenblätter 195 Gr. Röhre. — Die auf die Röhre 40 a bis 6 und 41 a bis 6 der Berliner Kartoffelkarte entfallenden je 7 Pfund Kartoffeln sind bereits von heute, Sonnabend, ab zu entnehmen. Zur Sicherung der rechtzeitigen Belieferung wird dringend empfohlen, die Kartoffeln sofort abzunehmen, da in den Kartoffelfeldern jederzeit Störungen eintreten können. — Wer die Kartoffeln jetzt nicht abnimmt, läuft Gefahr, seine Kartoffeln später nicht zu erhalten.

Schöneberg. Ohne Voranmeldung 500 Gr. Röhre (73 und 90), ferner 250 Gr. Röhre (86), 70 Gr. Röhre (317).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

25. Abteilung. 7 1/2 Uhr abends: Perle (Konzert, Gesang, Rezitation, Tanz). Karten a 1,50 R. sind noch an der Kasse zu haben. Neukölln. Die Vorträge des Genossen Thuro über die Verfassung finden kommenden Montag sowie Donnerstag, 8 Uhr, in der Aula der Realschule Siedowstraße statt. Funktionäre, die gewillt sind, teilzunehmen, wollen pünktlich erscheinen. Tempelhof. Mittwoch, 1. Oktober, 8 Uhr: Wesentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Str. Genosse Stammler spricht über: Die Verfassung. Tempelhof. Sonntag vormittag Besuch des Botanischen Gartens in Dahlem. Teilnehmern 50 Pf. bei den Genossen Dausloff, Rantzenstr. 58, und Daehne, Dorfstr. 52. Treffpunkt 10 Uhr im Bürgersaal des Botanischen Gartens.

Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten.

Tausende von Kriegsgefangenen und Zivilinternierten sind schon in ihre Heimat zurückgekehrt und Hunderttausende werden ihnen in nächster Zeit nachfolgen. Ein großer Teil der Entlassenen wird versuchen, wieder in der letzten Arbeitsstelle beschäftigt zu werden. Sie werden sich persönlich oder schriftlich (durch Einschreibebrief) bei dem Arbeitgeber zur Wiedereinstellung melden. Gemäß §§ 2 bis 4 der Verordnung vom 8. September 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1800) steht dem Entlassenen ja ein Recht auf Wiedereinstellung zu, falls er sich rechtzeitig meldet, d. h. binnen 6 Wochen nach seiner ordnungsmäßigen Entlassung; für Zivilinternierte, die noch nicht die Befugnis zur freien Ortswahl im Deutschen Reich haben, beginnt die Meldesfrist mit dem Tage, an dem sie diese erlangen. Jedoch ist hierbei zu erwähnen, daß nicht die letzte Arbeitsstelle vor der Einberufung in den Wehrdienst zur Wiedereinstellung verpflichtet ist, sondern diejenige, bei der der Einberufene am 1. August 1914 tätig war. Kommt der Arbeitgeber seiner Wiedereinstellungsverpflichtung nicht nach, so bleibt dem Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich sein Recht bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss zu suchen. Zuständig ist der Schlichtungsausschuss des Ortes, in dessen Bereich sich der betreffende Betrieb oder das betreffende Bureau befindet. Da nun aber dieser Ort von dem Entlassenen- und Aufenthaltsort oft verschieden sein wird, so kann der Entlassene auch beim Schlichtungsausschuss seines Aufenthaltsorts Rücksprache halten und dort die Beschwerde anhängig machen. Der angerufene Schlichtungsausschuss gibt alsdann die Beschwerde an den zuständigen Schlichtungsausschuss zur Erledigung weiter.

Aus der Praxis hat sich ergeben, daß ein großer Teil der Kriegsteilnehmer in Unkenntnis der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung die in der Verordnung vom 8. September 1919 gesetzte Frist verstreichen läßt und dadurch seiner Rechte auf Wiedereinstellung usw. verlustig geht. Weiter hat sich gezeigt, daß ein großer Teil sich zwar rechtmäßig gemeldet, seine Ansprüche gegen die früheren Arbeitgeber aber erst später beim zuständigen Schlichtungsausschuss erhoben hat. Das ist zum Teil auch wohl darum geschehen, weil sich die Kriegsteilnehmer bei ihrer Entlassung, wie bereits oben erwähnt, nicht am Orte des zuständigen Schlichtungsausschusses befanden haben. So kann es vorkommen, daß, wenn trotz rechtzeitiger Meldung die Beschwerde erst später erhoben wird, der Arbeitgeber durch Schiedspruch verpflichtet wird, den wiedereinzustellenden Kriegsteilnehmer für die ganze Zeit seit der Meldung zu entschädigen. Es wird somit auch oft gerade im Interesse des Arbeitgebers liegen, möglichst schnell zu einer Entscheidung zu kommen, ob der sich meldende Arbeitnehmer wieder einzustellen ist oder nicht. Es kann daher nur empfohlen werden, daß auch Arbeitgeber den Schlichtungsausschuss als partiatisches und unparteiisches Schiedsgericht in jedem Streitfall mit einem Arbeiter oder Angestellten anrufen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend demüht mit wiederholten, im Binnenland meist geringen, an der Küste etwas stärkeren Regenschauern mit lebhaften westlichen Winden.

Die Neuföhrner Unruhen.

Wie der Zeuge Müller bekundete, erfolgte die Auflösung der N. S. D. nur teilweise, und zwar von dem Rittmeister Reußville, Abchnittkommandeur der Abteilung Rittw. in Barmen, in Kenntnis seiner dienstlichen Obliegenheiten. Ein Teil der Leute, welche sich nicht an den Unruhen beteiligte hatten, wurden sofort bei dem Depot 10 eingetellt. Ein erheblicher Teil der Mitglieder der N. S. D. war nie Soldat gewesen und hatten sich ihre Einstellung unter falschen Angaben erschlichen. Die Leute mußten ihren Namen unter einem Verpflanzungsschein setzen, in welchem sie ihre Unterwerfung unter die Militärgerichtsbarkeit anerkannten. Der Vorsitzende des Kriegsgerichtes Dr. S. E. E. teilte mit, daß an ihn ein „Recherche ehemalige Mitglieder der Soldatenwehr“ unterzeichnet, also anonym Brief gelangt sei und bemerkt dazu, daß jedes Mitglied der Soldatenwehr, welches sachdienliche Mitteilungen zu machen habe, sich bei dem Gericht melden könne. Er, der Vorsitzende, gehe auf keinerlei anonyme Briefe ein, diese werden sofort vernichtet. (Der Vorsitzende zerreiht den Brief vor aller Augen, ohne von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen.) — Bei der Vernehmung des Angeklagten Haffe hat Rechtsanwalt Bänheim festzustellen, daß diesem weder die sog. Kriegskartei vorgelegt seien, noch daß er einen Vertrag unterschrieben habe. Er habe sich also, obwohl er Abm.ung, Verpflegung und Kleidung vom Kriegsministerium erhielt, gar nicht als Soldat fühlen können. — Die Angeklagten bestritten, gehört zu haben und stimmten darin überein, daß sie hinter der Kaserne standen und nach dem Marschall gesungen seien, weil sie der Meinung waren, daß ihre Kameraden draußen, die auch hinter der Kaserne standen, eigenmächtig von ihnen weichen Leuten angegriffen wurden. Ob dies infolge Mißverständnisses geschah, darüber haben sie sich keine Gedanken gemacht. Der Kompanieführer Haffe betonte, daß er an verschiedenen Orten im Interesse der Regierung sich beteiligt habe und ließ sich von dem Angeklagten Depoführer Schütz bestätigen, daß er sich als Kompanieführer tadelloser bewährte habe. — Der Angeklagte Breuß, Mitglied des Soldatenrats, bezog sich als Unzufriedener und betonte, daß er immer den Standpunkt vertreten habe, daß es unmöglich sei, auf gewalttätigem Wege etwas zu erreichen zu wollen. Dem Angeklagten Breuß wird von der Anklage vorgeworfen, er sei zum Arbeiterrat gegangen und habe gesagt: „Der Stoßtrupp ist weg, das Depot ist von Mannschaften entlehnt und wir brauchen zuverlässige Leute.“ Er soll gerufen haben, Unabhängige, die noch im Besitz von Militäruniformen sind, nach der Kaserne zu schicken. Der Angeklagte bestritt dies. Mit den Militärverordnungen, die er durchaus verworfe, habe er absolut nichts zu tun gehabt. — Auch die Absichten gegen den Angeklagten bestritten jede Schuld. — Der Zeuge H. P. P. früher Mitglied des Soldatenrats und später kommissarischer Polizeipräsident in Neuföhren, bekundete u. a., daß sich unter der Soldatenwehr und den Offizieren gewisse Strömungen geltend gemacht hätten, die Truppen gegen die Regierung aufzubringen. Die Soldatenräte haben sich rechtlich bemüht, ihr Amt auszuführen. Am 6. März habe er sich nach dem Depot begeben, um die Stimmung kennen zu lernen. Er habe beim Soldatenrat keinen Zweifel darüber gelassen, daß in dem Augenblick, wo die Truppe aber einzelne Teile zur Marinebrigade marschieren wollten, er gezwungen sei, militärische Hilfe herbeizurufen. Die Leute selbst seien sich nicht klar

...wischen, daß sie ... (Text continues from previous page)

Krieg im Frieden. Ein ebenso gefährliches wie unangenehmes Abenteuer eines Reichsoberfeldwebels in der polnischen Armee lag einer Anklage wegen Hochverrats und Kriegsverrats zugrunde, welche das Gericht des Aufklärungsbüros 85 der 1. Gendarmenbrigade beschäftigte. Angeklagt war der 21jährige Grenadier Franz Ruffmann vom ehemaligen 6. Garderegiment. — Am 11. Februar d. J. wurden in der Nähe von Lodz bei Deutschen die dort stationierten deutschen Grenzschutztruppen von einer horren polnischen Infanterieabteilung angegriffen. Es entwickelte sich ein heftiges Feuergefecht, bei welchem der Grenzschutzleute schließlich einen Sturmangriff — im Frieden — unternehmen, die Polen zurückzuschlagen und zahlreiche Gefangene machen. Unter diesen befand sich zum Grenzschutz gehöriger Sieger ein Soldat in deutscher Uniform. Es war dies der jetzt Angeklagte, der einige Tage vorher ein sehr unangenehmes Abenteuer zu bestehen gehabt hatte. Er hatte von seinem Truppendienst 14 Tage Urlaub zu seinen Verwandten in der Nähe von Neutomschel erhalten und war dort eines Tages von den Polen bei einem Ueberfall gefangen genommen worden. Nachdem man lange hin und her beraten hatte, ob man den „Feind“ nicht erschießen solle, wurde er unter schweren Drohungen gezwungen, in der polnischen Armee Dienst zu tun. Nachdem man ihn überall herumgeschickt hatte, sollte er sich auch bei jenem Angriff auf Lodz beteiligen. — Die der Angeklagte behauptete, habe er mitgehen müssen, andernfalls hätte man ihn erschossen. Er habe jedenfalls keinen Schuß abgegeben und sei froh gewesen, als sich ihm eine Gelegenheit bot, sich gefangen nehmen zu lassen. Das Gericht sprach den unfeindlichen „Hochverräter“ frei.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Irania, Laubengasse. Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag, 8 Uhr: „In den Bergen Tirols.“ Dienstag: Prof. Dr. Schwahn, „Die Geschichte der Umwelt.“ Sonnabend kommender Woche: Fräulein Emma Rothmann, „Das schöne Schwabenland.“ Nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen Sonntag, Mittwoch und Donnerstag: Der Vierzehnhundert See und der Gotthard; Montag und Freitag: „Die Insel Neger.“ Dienstag: „Im Lande der Witterungsflüsse.“ Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Lehr- und Lehrgangsbüro: Montag 7 1/2 Uhr: Bezirk Tempelhof, Berliner Str. 92 im Restaurant; Bezirk Döberitz, 4. Abt., Nollendorf, Schornsteinstr. 60, Bezirksversammlung; Vortrag über Wassage; Bezirk Eichen, Abt. 1, Reichstr. 15; Deutscher Ausgabekreis von Verbindungen, Verbandmaterial usw. Dienstag 7 1/2 Uhr: Zentralvorstellung im Nationalhof, Bülowstr. (Dennentplatz). Interessierte Mitglieder sind als Gäste zugelassen. Freitag 7 1/2 Uhr: Bezirk Eichen, Abt. 5, Neudamm, Reichstr. 8, im Restaurant; Bezirk Norden, Abt. 2, Uebomstr. 88, Bezirksversammlung; Vortrag über Wassage; Bezirk Eichen, Abt. 3 und 6, Schwaberg, Borsbergstr. 11; Prüfung der Teilnehmer. — Allgemeine Familienversammlungen. Sonntag, 23. September: Nach- und Nachmittags 3-6 Uhr in den Restaurants Reichstr. 12/13 und Kaiserstr. 24.

Möbel-Engros-Lager. Berliner Fischer-Lagermeisterstr. Albert Gleiser Alexanderplatz Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42. Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. In jeder Holz- und Stuhl zu soliden Preisen. Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Ansehensten. Besichtigung unserer umfangreichen Lager ist äußerst lohnend und erwünscht. Lieferung direkt ab Fabrikgebäude.

Fritz Hannusch. Zur feinsten Genesung zum Sterben meines lieben, guten Sohnes und Bruders, des Hanschen. Gefallen am 27. Sept. 1918 in Italien. Er litt seit 3 Jahren an einer halbjährigen Wunde in die Brust. Es war ihm aber nicht beschieden, seine Lieben wiederzusehen. Nun ruhen wir Dir, lieber Fritz, ein „Nache sofft“ in die Wunde nach, bis Deine Eltern folgen werden, dann werden wir uns wiedersehen. Bertha Kellner und Geschwister Hannusch.

Spezialarzt Dr. Müller. Friedrichstraße 190 II. Eingang Kronenstr. Spr. 11-1, 5-7, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Heilmethode. Harn- und Blutuntersuchung.

Wie ein Wunder. beseitigt San-Ral Haussalbe. Hautausschlag, Flecht, Hautjuck, des. Heilmittel, Krampläden der Frauen u. dergl. in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke“ Bernauerstr. 73, Leipziger Straße 74 (a. Dönhofspl.).

Wirtschaftsvereinigung Siemensstadt. G. m. b. H. Öffentliche Versammlung am Sonnabend, den 27. September, abends 7 Uhr, in der Turnhalle der hiesigen Gemeindeschule. Tagesordnung: 1. Die Lebensmittelpreisung in Siemensstadt und die Rumpfgewinnabschlagsbewegung. Referent Herr Witzke, Berlin. 2. Preis Ausproben. Des. Müllerstr. 89/90. Gg. E. H. Müller, Vorsitzender.

Möbel-Cohn. im Osten Große Frankfurter Str. 58 (3 Minuten vom Alexanderplatz) im Norden: Badstraße 47/48

Möbel gegen bar oder Teilzahlung. Spezialität: 1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Polsterwaren, farbige Küchen, einzelne Möbel. Rosen-Auswahl - Billigste Preise. Sehr kulant Bedingungen und größte Rücksichtnahme. Lieferung frei Haus. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe und Sparkassenbücher nehme gern als Anzahlung.

Flechten Wunden. offene Füsse, Krampfadernleiden heilt sogar 1. verzweilten Fällen mit oft überraschend. Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2.70 und 3.10 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke, Königsgrätz Str., und Simons-Apotheke, Kronen-, Bellevue-Apotheke, Potsdamer Platz, Victoria-Minerva-Apotheke, Charlottenburg und in der Marien-Apotheke, Wilmersdorf. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Saitzkehmen-Rominten 5.

Dr. med. Karl Reinhardt. Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße) Spezial-Arzt. bewährte fachmännische Behandlung. Unentgeltliche Auskunft und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 12-2 mittags, 4-6 bis 10 Uhr abends, Sonntags 11-1 Uhr (im verschlossenen Brief 1.25 Mk.). Erbitte und kiste Hell-Anstalt Löser Dr. Skotti Spezial-Arzt Dr. Löser senior Harn- u. Blutuntersuchungen. Elektr. u. med. Bäder. Ecker Linienstraße. nur Rosenthaler Str. 69-70, 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1.

Möbel-Beiser. Lothringer Straße 67. liefert in gediegener Qualität wirklich sehr preiswert gegen bar und auf bequemste Teilzahlung. Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer. Küchen und Einzelmöbel in großer Auswahl. Besichtigung lohnend. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Korbwaren. aller Art, für den Gebrauch und Luxus in jeder Ausführung. Jedes Quantum, preiswert, sofort lieferbar. (Besonders empfehlenswert für Konsumvereine.) Helarich Dewling, Korbwarengeschäft, Johannisthal, Post Ruppe in Bayern.

Dampffärberei Berthold Tausk. Holzmarktstr. 2. Bahnhof Jannowitzbrücke. färbt schnell, gut, billig. Trauerachen in 3-4 Tagen. Spezialität: Decken und Uniformstoffe in jeder Farbe. Annahmestellen überall gesucht! größte Verdienstmöglichkeit!

Kriegsbeschädigten. kann gehoben werden durch meinen anerkannt vorzüglichen Oelichts- und Finger-Ersatz (Nasen, Kinn, Ohren, Wangen). Verlangen Sie kostenlos illustrierten Prospekt Max Schwarzlose, Berlin C. 2, Königstr. 45, Zentrum 536b.

Möbel in großer Auswahl und guter Ausführung auf Bar oder Kredit. Möbel-Gross. Gr. Frankfurter Str. 141, Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr. Kreganzl. u. Spareinl. nehme in Zahlung. Spezialarzt Dr. Hasché. Eberhardstr. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1. Friedrichstraße 90. Spezial-Behandlung Kühn Praxis seit 1901. Andreasstr. 76, 1 Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Hof. Sprechz. 10-12, 5-7, Sonnt. geschlo. Ben. Harn- und Blutuntersuchungen.

Hoher Nebenverdienst für Damen und Herren jeglichen Standes. Höchste Vertreter verdienen bis 100 Mk. täglich. Lassen Sie sich gegen Einzahlung von 20 Pfg. Porto unsere Vorschläge kommen. Hochschul-Verlag München Sonnenstraße 13. Juckkrätze verschwindet in wenig Tagen d. Reichs Krätzsalbe, der auch in den hartnäckigsten Fällen vollkommen sicher wirkt. Pl. 6.00, Otto Reichel, Berlin 45, Eisenbahnstr. 4. 1 Pfund Butter zu M. 2.80. kann ich nicht liefern, wohl aber einen groß. Vorrat überfentel. Probepfand 80 cm lg. zu M. 80,- gegen Nachnahme. B. Feix, Siemensfeld, Edmuntungen 194 u. R. Bettmässen. Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht ang. Ausk. umsonst. Sanis Versand, München.

!!! Geld !!! für jede Werrische. Beste Ankaufpreise für Wandstühle, Bellantun, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ede Nachr. Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend. Ingenieurbüro Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3765 und 8813. Uranium Blut. Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutandrang, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Blutreinigungspulver-Sulfarim seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Sch. 2.50. Uebel. 3 Schacht. 7.25. Otto Reichel, Berlin 45, Eisenbahnstraße 4.

Stoffe. Friedensware! in- und ausländische für Herren u. Damen. Große Auswahl und sehr billig! Richard Zastrow. Tuchlager. Molesmarkt 14-15. En gros. En détail.

Ausschub-Gasrohr 1/2", 3/4", 1" sowie Gasdröten 1/2", 3/4", 1" und 2" gefertigt preiswert. Andreas Plum, Berlin SO 10, Eberharder Str. 92, (Eingang Westpl. 10590). Elektromotoren. Gleichstrom - Drehstrom Ankauf - Tausch - Verkauf. Schönbberger, Blumenstr. 100 II, Alexander 1721. Buchhandlung Vorwärts. G. m. b. H. Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Die Stimme aus dem Grabe. Reden von JEAN JAURES. Gesammelt u. besprochen von VICTOR SCHUFF. Preis Mk. 1.50.

Zentralverband der Handlungsgeschillen. Ortsgruppe Groß-Berlin. Allen Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied, die Rollen Erna Bergmann wohnhaft Berlin S 61, Reimser Str. 2, am 24. d. M. verstorben ist. Oben ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, d. 27. September, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Georgs-Friedhofes in Mariendorf, Eberharder Str. aus statt. 72/15. Die Ortsverwaltung.

Dr. Grütering. Spezialarzt. Invalidenstraße 35. Ecke Chausseestraße am Stettiner Bahnhof. 10-1, 4-8, 1/7, Sonnt. 11-12.

Dr. med. Laabs. Spezialarzt. Erfolgreiche Behandlung. Königstr. 34/36. Alexanderplatz. 10-1, 3-8, Sonnt. 10-1.

Spezialarzt Dr. med. Koeben. Erprobte und schmerzlose Behandlung. In Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. gegenüb. Panoptik gegenüb. Rathaus. Königstr. 88/87. Sprechz. 10-1, 5-8, Sonnt. 10-1. Separates Damenzimmer.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß. Friedrichstr. 125. Oranienburger Tor. Spr. 11-1, 6-8, Sonnt. 11-1. Erfolgreiche Behandlung. Harn- u. Blutuntersuchung.

Leder-Möbel-Fabrik. verkauft direkt ohne Zwischenhandel Klubsessel und Leder-Sofas. in pr. garant. echt. Leder zu billigen Preisen. Curt Roeder. Inauguralmeister. Berlin SO 26. Oranienstr. 25.

Engl., amerik., türk. Zigaretten, Zigarren, etc. Kautabak zu billigen Preisen in den besten Qualitäten. Bogerstr. 11. Zigarrenhaus „Groß-Berlin“. Schönberg. Bahnh. 13, Str. 204 u. Eberharder Markt 5, Rdn. 2174. 507. Abschriften, Adressen, Diktate. Vervielfältigungen aller Art. „Adler“, Bülowstraße 98. Fernspr. Nollendorf 1640.

Opernhaus.
Martha.
 Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Coriolan.
 Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
 7 Uhr: Und das Licht scheidet i.d. Finsternis
 8 1/2 Uhr: Der Kaufmann v. Venedig
 Kammerstücke.
 7 Uhr: Die Büchse d. Pandora.
 Sonntag 7 1/2 Uhr: Der Weibsteuher.
 8 Uhr: Naja.

Theater l. d.
Königsgrätzerstraße
 7 1/2 Uhr: Kameraden.
 Sonntag 1 1/2 Uhr: Musik.
 7 Uhr: Kabale und Liebe.
 Montag: Kameraden.
 Dienstag: Erdgeist.

Komödienhaus
 1/8 Liselott von der Platz.
 Sonntag 3: Pflanz Frankfurter.

Berliner Theater
 7 1/2 Uhr: Die Dame im Prack.
 Sonntag 3: Die tolle Komödie.

Central-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Schönste von Allen.
 Deutsches Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Hoffmanns Erzählungen
 Friedr. Wilhelmst. Th.
 7 1/2 Uhr: Gretchen.
Kleines Theater.
 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Helden.
KL. Schauspielhaus.
 7 1/2 Uhr: Krach.
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Liebeszauber.
 Stg. 3/4: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
 7 Uhr 20: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus.
 7 1/2 Uhr: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
 7 1/2 Uhr: Flachsmann als Erzieher
Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Junger Sonnenschein
 Th. am Nollendorfplatz
 3 1/2 Uhr: Sätzen der Gesellschaft.
 7 1/2 Uhr: Die Puppe.
Theater des Westens
 7 1/2 Uhr: Die Frau im Hermelin
 Stg. 3/4: Die lustige Witwe.
Theater „Die Trübsal“
 8 1/2 Uhr: „Reiter“, Entscheidung
Theater d. Friedrichstadt
 7 1/2 Uhr: Vier Elnakter.
Wallner-Theater
 7 15 Uhr: Eine Ballnacht.
 Stg. 3 15 Uhr: Gelata.
Residenz-Theater.
 Untergrund, Klosterstraße,
 Stadtbahn Jannowitzbrücke,
 Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Hänsel und Gretel.
 Täglich Heute zum 246. Male
Das höhere Leben.
 Komödie von Sudermann.
 Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Gespenster.
Trianon-Theater.
 Bahnhof Friedrichstraße,
 Untergrundbahn Friedrichstr.
 Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Aechenbrädel.
 Täglich Heute zum 371. Male
Der gute Ruf
 Komödie von Sudermann.
 Sonntag nachm. 4, kleine Pr.:
Johannfeuer.
 Voranzeige!
 Mittwoch, den 1. Oktober:
Maskerade.
Walhalla-Theater.
 7 1/2 Uhr:
Das Gesetz.
Rose-Theater.
 3 1/2 Uhr: Scherewitschen.
 7 Uhr: Kleine Sklavin.
 Gastspiel Ida Orloff und Hans
 Heiner v. Twardowski.
Luisen-Theater.
 Sonntag 3: Hänsel und Gretel.
 7 1/2: Stradivari.
 Sonntag Ich lasse dich nicht.
 3 Uhr:
 Sonntag abend
 7 1/2: Charlott. Klinger
Casino-Theater
 Lethringstraße. Tägl. 7 1/2 U.:
Großstadt-Pflanzen
 Volksstück in 3 Akten.
 Vorher: Schwarzwaldmädel.
 Operettenakt m. Viktor Litzke.
 Dazu erstklass. Spezialitäten.
 Sonntag 7 1/2: Mädchenchöre.
Theater am Kottbuser Tor
 Tel. Moritzpl. 1414.
 7 1/2 Uhr und Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
 Seidel, Russell,
 Schubert, Horst,
 O. Schrader etc.
 Neues Programm!
 Großer Lacherfolg!
 Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
 1 Kind frei!
Büthgen-Konzert: Bez. 7 U.

Volksbühne Theater
 a. Bülowpt.
 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male!
Die Bürger v. Calais

Lessing-Theater
 Direktion: Victor Barnowsky.
 7 1/2: Christa die Tante.
 Sonntag 3: Der rote Hahn.
 7 1/2: Christa die Tante.
 Montag 7 1/2: Der Schöpfer
Deutsches Künstler-Theater.
 Sonntag, bis Inkl. Montag 7 1/2:
 Das Schloß am Wannsee.

APOLLO THEATER
 Friedrichstraße 218
 Dir.: James Klein
 7 1/2 Sonnt. 3/4 u. 7 1/2
Riesen-Variété-Programm mit
Weltmeister Rahn
 als Jiu-Jitsu-Meister.
 4 Urbanis
 (bes. Akrob. d. West. u. a. m.)
Voranzeige ab 1. 10.
 Die große
 Variété-Schau
Die Welt im Jahre 2000!
 Mit: Senta Söneland
 Lucie Bläumer
 Lambert Paulsen
 Willy Weiss
 Alex Stamer
 Erna Glitzke
 u. Variété-Attraktion.
 u. a. Modenschau
 im Jahre 2000!
 Vorverkauf eröffnet!
 Sonnt. 3/4, 1. Erwachs.
 1 Kind frei!

Admirals-Palast.
Internat. Boxwettkämpfe
 in allen Gewichtsklassen
 um die
 Meisterschaften
 von Deutschland.
 Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino
Die Rache des Titamen
 mit Fern Andrea.

Reichshall-Theater
 7 1/2 Uhr und Sonntag
 nachm. 3 Uhr:
Stettin. Sängerk.
 nachm. halbe Hr.
 Reichshallen-G.:
 Dänhoff-Brettel.

Circus Busch
 Sonnab. 27. Sept., ab. 7 1/2 U.
 zum 4. Male
 die m. ungeh. Beifall aufg.
 Tragikom. Pantomime
„Aphrodite“
 in 3 Akt. v. Paula Busch
 inszen. von Hofballmeister
 Georges Blanvalet, i. d.
 Hauptrolle: persönlich.
 Auftreten der Verlasserin
Paula Busch und
Georg. Blanvalet
 u. Tänzer u. u.
 1. Tanz der Parnathenen.
 2. Fox-Trot.
 3. Feuer-Tanz.
 Vorher 4. gr. Circus-Progr.

Theater am Moritzplatz
Gepitscht
 Drama in 5 Akten
 mit
Ria Jende
Friedrich Kühne
 Regie: Karl Boese.
 Außerdem das Lustspiel:
Ein Schwerenöter
 mit
Trude Hesterberg
Leo Connard
Kurt Vespermann
 6 30 8 30

Eröffnung
 des
Eden-Theaters
 1. Oktober 1919
 7 Uhr:
„U. A. W. G.“

Winter-Garten
 Täglich 7 1/2 Uhr
Variété-Spielplan
 Rauchen gestattet!

RICHARD OSWALD LICHTSPIELE
 DIREKTION GEBR. KÖTTNER

Kantstraße 163. Köpenicker Str. 68.
 2. Woche (Grüner National-Theater)
Das Totenschiff
 der 6. Akt
 des großen Filmwerkes
Die Arche
 Regie Richard Oswald
 mit dem
Tagesgespräch
 von Berlin.
 6-7 1/2-8 1/2

Eröffnung Anfang Oktober!

Schaubühne Moritzplatz:
 früher Euggenbogen u. Dir.: Schwarzer Kater

Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch und
Ossi Oswalda.
 Ferner das
Riesen-Variété-Programm.
Bier-Restaurant.

Sonn- u. Feiertags 2 Vorstellungen
 3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends
 Nachmittagsvorstellung 3. Reinen Preisen
Vorverkauf: Sonntags zwischen 12 und 2 Uhr
 an der Tageskasse.

Sämtliche Plätze zum Einheitspreis von
2 Mark. Anfang 8 Uhr.

Lichtspiel-Palast
Schweizer-Garten
 Am Friedrichshain 29-32 Am Königsgr.
 Spielplan vom 26. Sept. bis 2. Oktober.

Blondes Gift mit Hedda Vernon
 (persönlich anwesend)
 und **Trudes Geheimnis.**
 Wochentags 6-10 Sonn- und Feiertags 3-10.

Im grünen Saal:
 Ab 8 30: **Kabarett** mit erstklass.
 Kräften.
 Marga Louison, Emil Lorenz, Erich Teufel,
 Gustav Tieck, Irmgard v. Biberstein,
 Alberty Leonhard, u. a.

Tomndorf
 Berlin NW, Unter den Eichen 56
 Ab 1 Uhr mittags geöffnet!

Kaffee-Diele / Bar
 abends erstklassiger Restaurationsbetrieb
Nachmittag- u. Abend-Konzerte
 Kapellen: Ushmann und Wille Reuter
 Ehemaliger idyllischer Sommergarten
 Arrangiert: Blumenschmidt-Deila
 Geschäftsführung: Tomndorf-Dezide
 Ed. Arno Tomndorf

Weinrestaurant u. Frühstückerstuben
Stadtküche

Flaschen-Verkauf wohlgepflegter Weine, bes. echt alt. Bordeaux (rot und weiß)

Robert Gonné
 Linkstraße 2
 (a. Potsdam-Platz)

Tafelmusik Kapellm. Wianko Anruf
 8-Uhr-Tea für Tischbestellg.:
 Feine Konditorei Lützow 5080.

WIENER RESTAURANT
 Inh. JOSEF ZOLLER
 Berlin-Charlottenbg., Joachimsthaler Str. 41
 Fernsprecher: Steinplatz 802
 nahe Zoo) zwischen Kantstraße und Kurfürstendamm.

ORIENT
 Strausberger Platz
 Werner Wolf
 Elsa van Roy
? Woldemar ?
 Leni Spengel
Frank Bergmann
 Lony Wagener u. Partner
Victor Ritter
 Hugo Haneid
 Tonkünstler-Konzert
 Anfang 7, Sonntags 4 1/2 Uhr.

Der Mensch
 Potsdamer Str. 13.
 Eröffnung 3. 10. 19

Elektromotore
 Gleichstrom ; Drehstrom
 kauft
 Ingenieurbureau Schlichting
 Berlin W 9, Linkstr. 18.
 Tel. Lützow 3705 und 8318.

Geöffnet von 8-6 Uhr.
 Besonders vorteilhaftes

Möbel-Angebot!

Speisezimmer **Herrenzimmer**

1 Büfett Eiche 1 Bibliothek, Eiche
 1 Kredenz „ 1 Schreibtisch „
 1 Ausziehtisch „ 1 runder Tisch „
 6 Stühle „ 1 Schreibstisch „
 2 Stühle „ 2 Stühle „

Mark: 2850, 3750, 4500 etc. Mark: 2450, 3650, 4875 etc.

Schlafzimmer

1 Schrank mit Spiegel
 1 Waschtoulette mit Spiegel und Marmor
 1 Nachtschränke mit Marmor
 2 Bettstellen
 2 Patentböden
 2 Stellige Auflegematrassen mit Keilkissen
 2 Stühle
 1 Handtuchhalter

M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
 von ca. 300
 Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern,
 Wohnsalons, Wohnzimmer, Küchen, Dielen etc.
 Leder-Möbel - Gobelin-Sofas und Sessel.
 Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen
 = einfacher, mittlerer und eleganter Art =
 Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.

M. Schlewinsky & Co.
 Berlin C, Dircksenstr. 31
 am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

TROCKENPARFÜM
Lebona
 Berlin

HAUT CREME
 Überall erhältlich

Ankauf
 von bedeutendem
Brillanten- und
Perlschmuck
 beibarer Auszahlung

Margraf & Co.
 Konowstr. 9. Spezialhaus f. Juwelen-Gelegenheitskäufe

Möbel
Küchen
 in allen Farben.
 7 tellig, prima lackiert,
 von M. 350,- an.
 Gedieg. Verarbeitung.
 Auf Wunsch
 Zahlungsvereinfachung.

Stolzmann
 Belle Alliancesstr.
100.
 Dän. Priem, engl. Zigarotten
 glücken für Restaurants u. a.
 Sander, Neus Rönigstr. 33, 99/4

MÖBEL
 lebenswerte Läger, Auswahl
 in 4 Etagen wie im Frieden
Gediegene Schlafzimmer
Speisezimmer & Herrenzimmer
Farbige Ergänzungsküchen & Möbel
 Für Brautleute besonders empfehlenswert. - Auf Wunsch Teilszahlung!

Möbel-Haus
A. DAMITT
 Torenthaler Str. 46-47 und Müllerstr. 181

Feuriger Santa Lucia Feuriger
Süßwein Santa Lucia Süßwein
 künstlich in Apotheken, Drogen-, Kolonialgeschäften
 Norden 6322. **Grosso-Vertrieb, Bergstr. 34.**

In der Gemeinde Berlin-Zehlitz ist baldigst die neu
 gegründete Stelle eines

Gemeindecyrtes

zu befehlen. **Gesucht** wird für diese Vertrauensstellung
 ein erfahrener **Sozial-Hygieniker**, dessen Tätigkeitsfeld
 sich namentlich auf das Gebiet der Schulgesundheitspflege
 und der Jugendfürsorge, der Mutter- und der Säuglings-
 fürsorge erstreckt und der der Gemeindeverwaltung in sämt-
 lichen allgemein-hygienischen Fragen als Berater zur Seite
 stehen soll.

Die Anstellung erfolgt mit **Beurlaubungsberechtigung**,
 Gehalt etwa 15-18000 M. **Vertragspraxis** ausgeschlossen.
 Bewerbungen unter Beifügung des Lebenslaufes werden
 umgehend erbeten. Aufgabe von Referenzen ist erwünscht.
 Persönliche Vorstellung erst nach Aufforderung.
 Berlin-Zehlitz, den 26. September 1919.
Der Gemeindevorsteher.
 Steitte, Bürgermeister.

Für eine neuzugründende sozialistische Zeitung,
 deren Aufgabe es sein soll, der Bevölkerung eines
 ländlichen Kreises die sozialistischen Tendenzen näher
 zu bringen und im besonderen die Landarbeiter-
 interessen vertreten soll, wird ein

Redakteur

gesucht, zum 15. Oktober d. J. Selbiger muß in
 volkswirtschaftlicher Beziehung so gebildet sein, daß
 er allen Gegenströmungen aus Agrarkreisen ge-
 wachsen ist. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen
 Skizzen bis zum 4. Oktober d. J. zu richten an
Karl Ellmers, Norden i/Ostfriesland, Markt 21.

Erstklassige
Biergroßhandlung
 (Vertretung auswärtiger Brauereien) in Berlin
 sucht zum sofortigen Antritt einen tüchtigen
Stadt-Vertreter,
 der bei der Gastwirkschaft bekannt und
 eingeführt ist. Angebote mit Angabe bisheriger
 Tätigkeit und Referenzen unter **J. B. 13516** an
Rudolf Mosse, Berlin SW 19. 35/3

Redegewandte Herren
 gleich welchen Standes, sofort
 für Redeführer gesucht, bei
 fleißiger Arbeit Verdienstmöglich-
 keit geboten. 35/9

A. Behrendt
 Soltenheide 69, norm III.

Farbmalger, Holzpolierer
 gesucht. Zu melden Sonntag,
 den 28. September. 3601b
Müller, Rentfeln.
 Sonnaustr. 99 II.

Presser
 für Buchdruckplatten finden
 sofort Beschäftigung. 3907b
Weihensee, Sanghastr. 123.

Kurbelstepperin
 geflucht, bauernd, hoher Lohn.
Thermal, Stralauer Str. 10.

Frauen- u. Kinder
 werden gegen hohe Abfertigung
 und Kartoffeln zum **Sozial-
 budeln** sofort gesucht.
Gedächtnisredern ihres **Wirt-
 schaftsam Schwaned.**
 Text und Beha: Großbetriebs-
 Franzstr. 1. Amt Hausen Nr. 51.

Perfekte Unterwirdlerin
 für kleine und feine Motore,
 zu sofortigen Antritt gesucht.
 Vorstellungen mit Papieren
 zwischen 9 und 3 Uhr.
Dr. Georg Selbitz
 findet elektr. u. mech. Apparate
 Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 9
 2. Hof 3 Treppen.

50 geübte Lötnerinnen
 für Messing und Zinn stellen ein
Schlawa & Grün, Metallwarenfabrik,
 Schöneberg, 10.

Straßenhändler
 für den
„Vorwärts“
 stellt ein die Hauptexpedition, Lindenstraße 3.

Austrägerinnen
 für den „Vorwärts“
 werden eingestellt in folgenden Filialen:
 Berlin: Ackerstr. 174, am Kopenplatz. - Prinzessstr. 31, Hof part. - Stolpmann.
 Meise, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener
 Straße 48. - Lüssitzer Platz 14/15.
 Schöneberg: Belziger Straße 27.
 Steglitz: Ziegeleidecker, Schildhornstr. 11.
 Weißensee: R. Meyer, Berliner Allee 194.

Die Kriegsgefangenenheimkehr.

Das Kriegsministerium teilt mit: Vorgeföhren ist aus englischer Gefangenschaft folgende Anzahl von Kriegsgefangenen angekommen: in Adin-Deutz 1244 Mann nach dem Durchgangslager Alten-Gradow, 1158 nach Zittau, 1243 nach Göttingen, 1107 nach Bephar, 1112 nach Tauberbischofsheim, 1189 nach Lohstedt; in Düsseldorf aus englischer Gefangenschaft 1348 nach Meschede; in Limburg aus amerikanischer Gefangenschaft 1148 nach Heuberg, 1102 nach Rastatt.

In der Zeit vom 20. bis 23. sind 167 Mann in Limburg angekommen, die aus Kriegsgefangenschaft entlassen sind.

Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Roske begrüßten gestern im Durchgangslager Göttingen die heimgekehrten Kriegsgefangenen. Präsident Ebert hielt eine Ansprache, in der er den Heimgekehrten für ihre treuen Dienste und ihr tapferes Aushalten dankte. Er führte in seiner Rede weiter folgendes aus:

Die junge deutsche Republik, zu der sich das alte Reich in schmerzlichen und bitterem Kampf umgestaltet hat, braucht jede entschlossene und ausdauernde Kraft, wenn sie wieder zu einer wahrhaften, schützenden und nähenden Heimat werden soll! Aber neben dem Tagewerk, an das die bittere Not der Volksgemeinschaft ruft, steht in dem neugefalteten Deutschland ein Zweites: die Freiheit in der Freiheit. Freiheit der Gesinnung, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung verbürgt die neue Verfassung. Wie immer man zu Einzelgängen steht: verteidigen Sie vom ersten Tage im alten Vaterland ab das gleiche Recht für alle als das Völkerrecht gegen jede Diktatur. Wenn Sie den Segen Kameradschaftlichen Zusammenhaltens, den Sie durch harte Jahre schätzen gelernt haben, mit hineinbringen in unser zerstückeltes Volk, dann dürfen wir in Ihnen die Vorkämpfer der höchsten Freiheit sehen: der Freiheit, die Achtung vor der Ansicht und Ueberzeugung der Nächsten hat und auch im politischen Gegner den Landsmann und Schicksalsgenossen sieht. Wirken wir alle in diesem Sinne, dann muß es wieder in Deutschland vorwärts und aufwärts gehen, trotz alledem.

Der Präsident unterhielt sich mit einzelnen heimgekehrten Soldaten, die durchweg gut aussahen und die sich dankbar und anerkennend für die getroffene Fürsorge und für den liebevollen Empfang, den ihnen die Heimat bereitet hat, ausdrückten. Reichspräsident und Reichswehrminister beschäftigten anschließend die Wohlfahrtseinrichtungen, Fürsorgestellen und Berufsberatungstellen des Lagers und reisten nachmittags nach Hannover, um Ränden zur Beschäftigung des dortigen Lagers weiter.

Die Nase des Generalkommandos II.

Das Generalkommando des II. Armeekorps in Stettin weilt in einer Notiz des B. L. V. die Behauptung zurück, daß es über die Zivilbehörden eine geheime Aufsicht ausübe. Die Glaubwürdigkeit dieses Dementis wird wenig erhöht, wenn man sieht, wohinein das Generalkommando II überall seine Nase steckt, nämlich in Dinge, die mit den militärischen Aufgaben nicht das mindeste zu tun haben. Als Beweis diene folgender Vorfall:

Am 3. August 1919 schrieb der Stralsunder Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes dem Pommerschen Landbund in Stralsund kurz, sachlich, geschäftlich, daß in Loitz Unstimmigkeiten entstanden seien und daß der Hauptvorstand des Verbandes sofortige Verhandlungen wünsche. Dieses Schreiben gab Anlaß zu folgendem Schriftstück:

II. Armeekorps Stettin, den 9. August 1919.
Generalkommando Verteilung: Kommandostelle Kolberg O. R. Korb
No. 59918. Reichswehrministerium.

In der Anlage überreicht das Generalkommando die Abschrift eines Briefes des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes Stralsund. Dieser Brief beschäftigt erneut die dem Generalkommando vertretene Ansicht, daß sich die Landarbeiter an die abgeschlossenen Tarifverträge nicht halten, sondern unter dem Druck der gefährdeten Ernte immer von neuem versuchen, möglichst viel für sich herauszuschlagen. Diese Tarifverträge werden so eine Kette ohne Ende, durch die die Landwirtschaft schließlich bankrott machen muß. Das ist letzten Endes das Ziel der Drahtzieher des Landarbeiterverbandes. Nach Ansicht von vertrauenswürdigen Sachverständigen wird es in diesem Jahre infolge der Arbeitsverhältnisse selbst im günstigsten Falle das erste Mal nicht möglich sein, die Ernte ganz einzubringen.

Von Seiten des Generalkommandos für den Chef des Generalkommandos
gez. von Falkenhäuser, Major.

Durch dieses Schreiben wird die innige Verbindung zwischen dem Landbund und dem Pommerschen Generalkommando klar erwiesen. Das Generalkommando betrachtet sich offenbar nur als ausführende Organ des Landbundes. Man darf wohl annehmen, daß nunmehr Herr Major v. Falkenhäuser und den in Betracht kommenden dienstverpflichteten Offizieren in einer Weise, die eine Wiederholung für alle Zeiten überflüssig macht, bemerkbar gemacht werden wird, daß die Tarifverträge der Landarbeiter, ihre Durchführung und Innehaltung nicht im mindesten in ihren Aufgabenkreis gehören, und daß sie nicht als Schutzengel der Großagrarier vom deutschen Volk bezahlt werden. Die organisierten Landarbeiter verbitten sich jede Kritik der Herren vom Schlosse des Majors v. Falkenhäuser, besonders derartige einseitige und beschimpfende Herabsetzungen. Sie haben trotz Herrn Major v. Falkenhäuser die glänzende Admerernte dieses Jahres bis zum letzten Rest in die Scheune eingedraht, danach kennzeichnet sich die Ausführung dieses Herrn als einseitige Stimmungsmache im Großagrarier-Interesse.

Der Exkaiser im Urteil seiner Diener.

Der ehemalige Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Otto Samann, war einer der treuesten Diener des alten Systems. Jetzt schreibt er in seinem neuen Buch „Von dem Kaiser“ (verlegt bei Reimar Jobbing, Berlin) über Wilhelm II. u. a. folgendes:

Klar und deutlich, selbst für schwache Augen, liegen vor uns die weiten Räume der Unwirklichkeit, in denen der Geist Wilhelms II. umherirrte. Aus dem Zentrum seines Wesens, der göttlichen Sendung, die ihm zum Wohle seines Volkes und der Menschheit nach seiner Meinung aufgetragen war, ging es hervor, daß er sich regelmäßig bei schlimmen Folgeerscheinungen seines Redens und Tuns gedrängt fühlte, jede Schuld von sich abzuweisen. Alles Irrtümern, Ueberreizungen, Illusionen, selbstgebaute Potemkinsche Dörfer. Viel jugendliche Phantasie und fast gar kein Sinn für das Wirkliche. Daraus und aus dem fortwährenden Bedürfnis, in unserer Hofe sich von einer Rundgebung in die ander-

zu stürzen, entstand jene fogenannte Hofengrundpolitik aber, wie Dolstein schon Mitte der neunziger Jahre sagte, die Politik à l'opérette.

Sie wußten also, die treuen Diener, was sie an ihrem Willen hatten, sie wußten in ihren verächtlichen Amtszimmern über ihn, während sie öffentlich mit den übrigen von ihnen irreführten Leuten des Hofes vor ihm in Ehrfurcht erstarrten. Erst die Republik hat ihnen auch in der Öffentlichkeit die Junge gelöst.

Haushalt des Finanzministeriums.

Die Preussische Landesversammlung beschäftigte sich gestern mit dem Etat des Finanzministeriums, zu dem eine große Anzahl von Anträgen vorlag, die sich mit der Sicherung der Rechte der Beamten, mit Regelung der Gehaltsbezüge, Teuerungszulagen usw. befassen.

Abg. Schubert (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Dieser hat eine ganze Reihe von Anträgen formuliert, die sich u. a. auf die Regelung der Beamtengehälter, Gewährung von Kriegszulagen, Gleichstellung der Kriegsteilnahme, auf den Ausbau des Beamtenrechtes, die Gewährung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung, Beseitigung des Disziplinargesetzes, Erteilung eines längeren Erholungsurlaubes an solche Beamte, Angestellte und Arbeiter, die infolge Kriegstätigkeit besonders angestrengt waren, beziehen.

Abg. Dr. Tewel (Z.) berichtet, daß die Anträge auf Steuererleichterung für die Privatangestellten wegen der finanziellen Tragweite — es würde ein Steuerausfall von 160 Millionen in Betracht kommen — abgelehnt wurden. Einem Antrag betreffend Kostendarlehen an Privatangestellte durch die Kriegskassisten hat der Ausschuss zugestimmt. Aus dem Heeresdienst entlassenen Personen sollen bei Beschuldung auf Antrag Darlehen bis zu 1000 M. gewährt werden.

Auf Anträge des Abg. Schümer (Dem.), welche Maßnahmen die Regierung beabsichtigt, um freiwerdendes fiskalisches Gelände, z. B. die Truppenübungsplätze, der Boden Spekulation zu entziehen, erwidert ein Regierungsvertreter, daß die nötigen Sicherungen getroffen sind.

Darauf wird in die eigentliche Beratung eingetreten.

Finanzminister Dr. Südekum:

Bevor wir in die Erörterung eintreten, muß ich eine Presseangelegenheit zur Sprache bringen. Als vor einiger Zeit in Berlin eine Beratung über die Abgrenzung der Gebiete der Landesfinanzämter stattfand, traten die Herren Finanzminister von Bayern und Württemberg an mich mit dem Ersuchen heran, eine Zusammenkunft der Finanzminister der größeren Länder einzuberufen, damit wir uns gemeinsam über Fragen, die mit der Reichsabgabenordnung und anderen Reichsgesetzen zusammenhängen, beraten können. Diese Tagung der Finanzminister hat am 22. und 23. d. M. in Bamberg stattgefunden. Der bayerische Finanzminister hat es übernommen, über die ihrer Natur nach vertraulichen, im übrigen aber keinerlei der Öffentlichkeit vorzuenthaltende Dinge behandelnden Beratungen einen kurzen zusammenfassenden Bericht durch die Korrespondenz Hoffmann zu veröffentlichen. Das ist auch geschehen. Inzwischen gehen hat eine Reihe von Berliner Blättern, allen voran die „Post“, einen angeblichen Bericht über die Verhandlungen in Bamberg veröffentlicht, der mich nötigt, auf die Sache einzugehen und eine solche bewußte Verfälschung der öffentlichen Meinung

niedriger zu hängen. In der „Post“ fand sich gestern in großer Aufmachung auf der ersten Seite folgende Notiz. (Der Minister verliest die Notiz, in der es u. a. heißt, daß in der Konferenz der Finanzminister Maßnahmen zur Verhütung des Staatsbankrotts getroffen worden seien.) Diese Notiz ist von Anfang bis Ende erlogen. (Hört, hört!) Nichts von dem, was in dieser Notiz steht, ist in Bamberg verhandelt worden, und von dem, was in Bamberg verhandelt wurde, steht nichts in dieser Notiz. (Hört, hört!) Es handelt sich hier, wie die Planmäßigkeit der Verbreitung deutlich beweist, um einen ganz nichtwürdigen journalistischen Schurkenstreich.

(Hört, hört!) Offenbar zu dem Zweck, um der Regierung des Reichs und den Regierungen der Länder die größten Schwierigkeiten zu bereiten, und unbekümmert darum, was die Folgen solcher nichtwürdigen Lügen für unsere Volkswirtschaft und Politik sein könnten. (Sehr richtig! links.) Ich habe gestern morgen, als mir diese Notiz vor Augen kam, sofort den Chefredakteur der „Post“ telefonisch angerufen und ihm genau dasselbe gesagt, was ich Ihnen eben gesagt habe, daß er das Opfer einer nichts würdigen Verfälschung geworden sei, vorausgesetzt, daß die Notiz nicht in seinem eigenen Bureau entstanden sei. Ich habe ihn gebeten, von dieser meiner entschiedenen Widerlegung den Lesern der „Post“ Kenntnis zu geben. Das ist auch geschehen, aber wie? Im gestrigen Abendblatt der „Post“ fand ich nach langem Suchen endlich auf der letzten Seite eine ganz kleine unauffällige Meldung, in der nur gesagt war, daß sich die getrigge vertrauliche Finanzministerkonferenz lediglich mit finanzorganisatorischen Fragen beschäftigt habe. (Hört, hört!) Aber noch grotesker ist die Sache in der „Täglichen Rundschau“ aufgemacht, die ja seit Wochen einen vor keinem Mittel zurückschreckenden Kampf gegen die Neuordnung der Dinge führt und dabei allmählich auf ein Niveau heruntersinken ist, das die Polemik mit diesem Blatt sehr erschwert. Da steht gestern morgen die Sache mit folgender Einleitung:

„Es wird von einer tiefen Korrespondenz über die vertrauliche Konferenz der deutschen Finanzminister in Bamberg berichtet.“

Nun bitte ich jeden unbefangenen Menschen: Eine Berliner Korrespondenz berichtet über eine vertrauliche Sitzung, die in Bamberg stattgefunden hat! Eine sicherere Quelle kann man sich gar nicht denken. (Heiterkeit.) Das Blatt macht dann noch seine bisfipen und grotesk anmutenden Abscheulichkeiten. Es kommt hinzu, daß die „Tägliche Rundschau“ schon im Februar d. J. einen ganz ähnlichen Streich verübt hat. Damals brachte sie in ebenfalls sensationeller Aufmachung die Nachricht, ich hätte in Weimar erklärt, der Staatsbankrott des Reichs und der Länder sei unvermeidlich. Diese Nachricht, die ebenso erlogen war wie die jetzige, habe ich damals widerlegt, und ich habe dem Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ einen persönlichen Brief geschrieben, in dem ich ihm eindringlich vor Augen gestellt habe, was solche Notizen unserem deutschen Volke kosten könnten. Den Erfolg sehen wir in dieser neuesten Artifel! Ich habe natürlich nicht verfehlt, gestern die Worte rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen, daß die Nachricht erlogen war, ich habe vielleicht dadurch erreicht, daß spekulative Absichten, die vielleicht auch damit verbunden gewesen sind (Sehr wahr! links), verhindert worden sind. Ich kann nur sagen: Wehe dem Volk, das eine solche, ihre Verantwortung mit Füßen tretende Presse sein eigen nennt. (Bezeugung.)

Abg. Hergt (Dnat. Vp.):

Wenn die Darlegungen des Herrn Finanzministers zutreffen, so würden wir das Verfahren der „Post“ nicht für richtig halten. Unsere wirtschaftliche Zukunft liegt auf dem Gebiete der Debung der Produktion. Wir brauchen ein Programm der Ordnung, als dessen ersten Baustein ich die Verstellung geregelter Arbeitsbedingungen betrachte. Tarifverträge sind das geeignete Mittel, Ruhe in der Produktion einzuführen. (Lebhafte Beifall links.) Einführung des Allfordlohnes, Schutz der Arbeitswilligen, Sicherung lebenswichtiger Betriebe, Arbeitspflicht ohne Arbeitszwang, Ausbau der sozialen Verfassung, Gewinnbeteiligung

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Der rheinische Bergarbeiterverband stimmt folgendem Vorschlag der Vertreter der Arbeitnehmer zu: Bergarbeiter unter Tage erhalten ab 1. Oktober eine weitere feste Schichtzulage von drei Mark. Handwerker und alle übrigen Arbeiter über Tage, Schichtarbeiter unter Tage erhalten ab 1. Oktober eine nennenswerte Lohn-erhöhung. Die nähere Regelung erfolgt bei den Tarifverhandlungen.

Der Wandervogel „Times“ meldet aus Montevideo, daß Oberleutnant Vogel dort eingetroffen sein soll.

Abg. Heilmann (Soz.):

Diese Rede zeigt uns eigentlich, wie belehrbar die Rechte ist. Herr Hergt hätte offen sagen sollen: wir Deutschnationalen haben uns jetzt alle demokratischen Forderungen des Erstarter Programms für unsere Wahlpropaganda zu eigen gemacht. (Lachen rechts.) Er meint, die gegenwärtige Regierung sei bei der Entente nicht beliebt. Eine Regierung, in der irgendein Deutschnationaler sitzt, würde ganz gewiß im Auslande kein Vertrauen haben. (Sehr richtig! links.) Die verantwortungslose Rederei von einer

Wiederanfrichtung der Hohenzollernherrschaft

fügt uns gerade im Auslande den allergrößten Schaden zu. (Lebhafte Zustimmung links.) Im Lebensinteresse des deutschen Volkes müssen wir mit aller Klarheit in die Welt hinausrufen, daß daran gar kein Gedanke ist. (Sehr richtig! links.) Herr Hergt scheint ja selbst nach seiner heutigen Rede die monarchistische Restaurationsidee aufgegeben zu haben. Wir selbst bedauern es, daß die jetzige Regierung noch kein großes Arbeitsprogramm aufgestellt und dieses hat durchgeführt können. Mit sehr viel von dem, was der Vordredner gesagt hat, kann man reflexlos einverstanden sein. Und wenn Herr Hergt uns vorwirft, wir seien Doktrinare und unfähig, insbesondere auf dem Gebiete des Lohnsystems, eine Veränderung herbeizuführen, so weise ich ihn auf unseren Antrag hin, den wir heute eingebracht haben, der die Regierung ersucht, unverzüglich mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner Verhandlungen aufzunehmen, in welcher Weise eine

Steigerung des Eisenbahnbetriebes

möglich ist, und ob durch Einführung eines Allford- oder Prämienlohnsystems eine Steigerung der Arbeitsleistung erwartet werden kann. Die Worterschütterungen des Abg. Hergt werden nicht den unabweisbaren Schwierigkeiten des Regierens in der Gegenwart gerecht. Diese Schwierigkeiten werden durch die demagogische Politik der Deutschnationalen Volkspartei erhöht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man das Volk immer wieder brannt mit den Behauptungen auf Wiederherstellung der Monarchie, dann kann keine Ruhe in die Arbeitsverhältnisse hineinkommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dies ein Einigungsprogramm zu veröffentlichen, ist sehr leicht. Aber unter Zurücklassung der eigenen Partei- und Klasseninteressen unter eigenem Namen am Wiederaufbau mitzuwirken, das haben die Herren Deutschnationalen noch nicht gelernt. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Friedberg (Dem.): Die große Steuerreform im Reich fordert zu mancher Kritik heraus. Bei der Vermögensabgabe ist zu fordern, daß dieses Opfer auch seinen Zweck erreicht. Es fehlt immer noch eine Klarstellung unserer finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente. Es besteht die Gefahr, daß von Seiten der Entente auf das Reichsnotopfer zurückgegriffen wird. Die Produktion muß geschützt werden gegen den Leichtsin, mit dem hier verfahren wird. Die Sozialisierung darf nicht übertrieben werden, sonst entstehen schwere wirtschaftliche Schäden. Das Reichsnotopfer ist notwendig und muß bald kommen. Aber der gegenwärtige Zeitpunkt ist sehr ungünstig. Tarifverträge sind etwas Schönes, aber die Art, wie der Landwirtschaftsminister in manchen Fällen eingegriffen hat, können wir nicht billigen. Die Deutschnationalen haben nichts getan, um Ruhe und Ordnung zu schaffen, sondern sich in einer geradezu irrationellen Agitation erschöpft. Herr Hergt hat in Breslau die Fahne des Königtums entrollt. Damit provozieren die Deutschnationalen den

Bürgerkrieg im Innern.

(Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum. Widerspruch rechts.) Abg. Leib (U. Soz.) ist für eine geordnete Nachbesserung der Beamten, aber gegen ihre lebenslängliche Anstellung, die sonst auch den Staatsarbeitern gewährt werden müßte. Er tritt für höhere Vermögenssteuer ein, wendet sich aber gegen die Umfahrscheinlichkeit und greift die Regierungssocialisten an, die sich völlig dem Kapitalismus verschrieben hätten. (Beifall bei den U. Soz.) Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. Schluß nach 5 Uhr.

Die Zukunft der Arbeiterbewegung

hängt davon ab, daß sie aus ihrer augenblicklichen Verwirrung den Weg zu den Grundfragen der Sozialdemokratie zurückfindet. Kampf für die Partei und ihre Organe bedeutet Kampf für die wohlverstandenen Interessen des ganzen arbeitenden Volkes. Das muß sich jeder Parteigenosse ins Bewußtsein prägen, dann wird auch sein Eifer, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, dem „Vorwärts“ neue Leser zu werben, niemals erlahmen. Trotz Spott und Verleumdung und Terror für seine Ueberzeugung einzustehen, ist jedes echten Sozialdemokraten Pflicht. In diesem Sinne an die Arbeit!

Der untenstehende Zettel ist ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu senden.

Ich abonniere ab 1. Oktober den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ täglich zweimal frei ins Haus für 3,— M. monatlich.

Name _____

Wohnort _____ Straße Nr. _____

vorn — Seitenflügel — Quergebäude — Treppen.

Bei wem? _____

Gewerkschaftsbewegung

Bisher 90000 Metallarbeiter im Lohnkampf.

Die Fünfzehner-Kommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt über die Streiksituation folgenden Bericht: Die Zahl der Betriebe, deren Belegschaften sich am Streik beteiligen wollen, ist von 100 auf 115 gestiegen. Die Zahl der am Streik beteiligten Betriebe hat eine namhafte Zunahme, von 40 auf 65, erfahren. Die Zahl der in den Betrieben Streikenden hat sich von 18 000 auf jetzt 24 000 erhöht, die Zahl der Ausgesperrten von circa 30 000 auf 66 000. Es befinden sich somit zur Stunde 90 000 Arbeiter der Metallindustrie im Lohnkampf. Diese Ausdehnung des Lohnkampfes macht es notwendig, daß Stempelstellen zur Kontrolle der Streikenden und Ausgesperrten eingerichtet werden. Es sind circa 48 dieser Stempelstellen in Aussicht genommen. Die Kollegen werden gebeten, weitere Veröffentlichungen in der Presse zu beachten. Ferner fordern wir nochmals alle Streikenden und Ausgesperrten, die die freiwillige Mitgliedschaft in den Krankenkassen erwerben wollen, auf, sich bei ihren Obleuten zwecks Anmeldung bei den Krankenkassen zu melden. Die Obleute ersuchen wir, eine namentliche Liste der sich zur Krankenkasse Meldenden der Krankenkasse unter Angabe der Adresse per Einschreibebrief zuzusenden.

Angestellte der Metallindustrie. Nachgruppen 12., 13., 14. u. 15. Zur Neueingruppierung und genauen Kenntnis des Tarifvertrages der Berliner Metallindustrie ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Kollege im Besitze eines Exemplars des Besonderen ist. Er ist mit Beispielen und ausführlichen Erläuterungen im Zentralauswahlschreiben der Angestellten Groß-Berlins, Bezirksr. 7, zum Preise von 6,00 M. zu haben.

9. Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Hannover, den 25. September.

Dritter Verhandlungstag.

Die Aussprache über Betriebsräte und Arbeitsgemeinschaften wird fortgesetzt. Nachdem noch fünf Redner ihre Erfahrungen mit den Betriebsräten schildert und auf die Schwächen betreffend das Gesetz über die Betriebsräte hingewiesen hatten, empfiehlt der Berichterstatter in seinem Schlußwort die Annahme folgender Resolution, der mit überwiegender Mehrheit zugestimmt wird:

Der Verbandstag erklärt sich mit der vom 10. Gewerkschaftskongress beschlossenen Resolution über Arbeiter- und Betriebsräte sowie Arbeitsgemeinschaften einverstanden.

Es folgt der Bericht der Statutenberatungskommission sowie Beratung aller auf das Statut und das Unterstützungsreglement bezüglichen Anträge. Der Berichterstatter, Hauptreferent Ströhlinger, begründet die von Hauptverwaltung und Statutenberatungskommission empfohlenen Änderungen und legt besonderen Wert auf die durchaus notwendige Beitragserhöhung. Die Unabwendbarkeit dieser Lärche ergibt sich aus den gestiegenen sachlichen und persönlichen Verwaltungskosten sowie in erster Linie in Anbetracht der noch bevorstehenden Lohnbewegungen, deren hoffnungsvoll eingeleitete Periode noch lange nicht abgeschlossen sein dürfte, im Gegenteil sei auf bedeutend verschärfte und kostspieligere Kämpfe zu rechnen. Selbstverständlich sollen auch die Interessensfrage angemessen erhöht bzw. nach Beitragshöhe und Dauer der Mitgliedschaft gestaffelt werden. Weiter nimmt einen breiten Raum ein die Begründung des neu zu schaffenden Bezirksleitersystems und der Einrichtung eines Bezirks.

Die weit über 100 zum Statut vorliegenden Anträge werden gruppentwies zusammengefaßt. Zunächst wird die beantragte Namensänderung festgelegt; der Name: Verband der Gastwirtsgehilfen bleibt bestehen und wird ergänzt durch den Untertitel: Zentral-Organisation der Hotels-, Restaurant- und Café-Angestellten. Beim Punkt Beitragshöhe und Unterstützungsreglement wird die Meinung vor, den Charakter des Verbandes als Kampforganisation mehr zu betonen und die Unterstützungsreglemente nach und nach abzubauen. Nachdem 12 Redner gesprochen haben, werden die Beiträge, wie folgt, festgelegt: Der wöchentliche Beitrag beträgt in der 1. Klasse 1.- M., in der 2. Klasse 0,80 M., in der 3. Klasse 0,60 M. Das bedeutet gegen die bisherigen Sätze eine wesentliche Beitragserhöhung; die übrigen zum Statut und Unterstützungsreglement gestellten Anträge werden mit geringfügigen Änderungen nach der Vorlage der Hauptverwaltung und Statutenberatungskommission angenommen.

Bei Einrichtung des Bezirksleitersystems und der Schaffung eines Bezirks wird ebenfalls den von der Hauptverwaltung und Statutenberatungskommission gemachten Vorschlägen gefolgt. Demnach besteht der Bezirk, dessen Befugnisse festgelegt sind, aus den Bezirksleitern.

Eine lebhaftere Debatte entspinnt sich nur noch bei Festlegung des Wahlreglements, über das namentlich abgestimmt wird. Das Wahlreglement wird schließlich in der von Hauptverwaltung

und Statutenberatungskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen; ebenso fast alle anderen zum Statut gestellten Anträge.

Kongress der Angestellten bei den Versorgungsbehörden.

Am 20. und 21. Sept. tagte in Berlin ein Kongress aller bei den Versorgungsämtern und Abteilungen beschäftigten Angestellten. Bei diesen waren Strömungen entstanden, eine Sonderorganisation im Anschluß an den Reichsbund der Kriegsbeschädigten zu gründen. Diese Regelung wurde aber mit überwiegender Mehrheit abgelehnt und einstimmig die Zuständigkeit des Verbandes der Bureauangestellten (ab 1. Oktober Zentralverband der Angestellten) bestätigt. Damit soll zugleich den Zerplitterungsbestrebungen anderer Verbände entgegengetreten werden. Die Kollegen Magdora-Berlin, Urbach-Berlin, Müller-Breslau, Schmidt-Altona, Jüttner-Koblenz, Michall-Leipzig, Schleichlein-Nürnberg und Mos-Frankfurt wurden zu Mitgliedern des Reichsausschusses im Zentralverband der Angestellten gewählt. In einer Entschließung wandte sich der Kongress gegen die Bestrebungen, eingearbeitete Hilfsangestellte zugunsten von Offizieren, Beamten usw. aus ihren Stellungen zu verdrängen. Befordert wird ein geregelter Fortgang der Arbeiten bei allen Versorgungsbehörden und die möglichst schnelle Erledigung der Versorgungsanträge der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Der Reichsausschuss wird diese Forderungen beim Reichsarbeitsministerium, in dessen Bereich das ganze Versorgungswesen am 1. Oktober übergeht, geltend machen.

Das vergessene Sanitätspersonal.

Zwischen dem Gewerkschaftsbund der Angestellten und dem Verband der Berliner Metall-Industriellen ist unterm 5. September d. J. ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, in dem eine Kategorie von Angestellten völlig vergessen worden ist. Es sind das die in den Unfallsituationen und den Verbotsräumen der Betriebe beschäftigten Heilgehilfen, Fabrikpflegerinnen, Krankenpflegerinnen und -schwestern. Zur Erklärung dafür, daß die Entlohnungs- und Angestelltenverhältnisse des Sanitätspersonals bei diesen Abmachungen völlig übersehen wurden, mag angeführt werden, daß das Personal in einigen Betrieben zu den Beamten, in den anderen Betrieben zu den Lohnempfängern gerechnet wird. Die Hauptschuld aber liegt an der betreffenden Angestelltengruppe selbst, die es bisher verabsäumt hat, sich für sie in Frage kommenden freigewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Krankenpflegepersonal, anzuschließen. Der Vertrag ist nun bereits in Kraft getreten und läuft bis zum 31. März 1920. Es ist notwendig, daß das Sanitätspersonal in der Metallindustrie und auch in den anderen Industrien sich sofort gewerkschaftlich zusammenschließt, damit bei den neuen Verhandlungen die Interessen dieser Angestellten gebührend berücksichtigt werden können.

Die Lage der Hilfskassenzuwendener.

Von beteiligter Seite erhalten wir eine Zuschrift, in der bitter Beschwerde geführt wird über die ungenügende Bezahlung der Hilfskassenzuwendener im Ministerium für Volkswohlfahrt. Wie kommt es, so fragt der Einsender, daß die Ministerien und Ämter so verschieden bezahlen? Das Geld für uns kommt doch im allgemeinen von einer Stelle. So zahlt das Ministerium für Volkswohlfahrt jetzt, nachdem die Gehälter wohlwollend geprüft worden sind, ab 1. Oktober pro Tag 9,- bis 9,50 M., früher 7,50 bis 9,- M. Wie soll ein verheirateter Mann damit bestehen? In die 9,- bis 9,50 M. ist die Feuerungszulage einbezogen und werden hier von die Abzüge wie Krankenkasse usw. gemacht. Dagegen zahlt das Abgeordnetenhaus pro Tag 15-16 M., das Ministerium für öffentliche Arbeiten und Herrenhaus 14-15 M. pro Tag. Die angestellten Kassenzuwendener vom Wohlfahrtsministerium bekommen 14 M. pro Tag, warum wird die Hälfte nicht auch? Reisten wir weniger?

Auch wir können uns dem Wunsche um Aufbesserung der Bezüge entsprechend den zeitlichen Verhältnissen nur anschließen. Ein Ministerium für Volkswohlfahrt braucht wirklich nicht damit zu glänzen, daß die Bezahlung bei ihm schlechter ist, als in anderen gleichartigen Reichsanstalten.

Der Wiederaufbau Belgiens.

Die belgische Gewerkschaftszentrale hatte sich an den Ministerpräsidenten mit dem Ersuchen gewandt, dafür zu sorgen, daß wenn deutsche Kriegsgefangene beim Wiederaufbau von Belgien verwendet würden, diese nicht geringere Bezahlung erhielten als die Belgier; dadurch solle verhindert werden, daß den belgischen Arbeitern Konkurrenz gemacht werde. Darauf ist nun die Antwort erfolgt, daß die Regierung nicht beabsichtigt, deutsche Kriegsgefangene beim Wiederaufbau von Belgien zu verwenden.

Für den Wiederaufbau durch belgische Arbeiter sind folgende Arbeitsbedingungen festgelegt worden: 1. Höchstlängste Arbeitszeit; 2. wer mehr als 5 Kilometer von der Arbeitsstelle entfernt wohnt, erhält als Zuschlag den Lohn für eine Stunde; 3. der Minimallohn pro Stunde beträgt 1,25 Frank, gelehrte Arbeiter erhalten 1,50 Frank.

In der Gefahrenzone, 4 Kilometer auf beiden Seiten der Front, wird ein Zuschlag von 25 Centimes die Stunde gezahlt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion 5. Transport-, Lagerarbeiter usw. der Groß-Berliner Metallindustrie. Montag, den 29. September 1919, abends 6 Uhr, im Vorksaal der Kaiserstraße, Röllers-Bühnen-Str. 18 m, allgemeine Vertrauensmänner-Konferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnkampf in der Metallindustrie. Alle Vertrauensmänner haben bestimmt und vollständig zu erscheinen. Mitgliedsbuch und Funktionärkarte legitimiert. Ohne Legitimation kein Einlaß. Die Sektionsleitung.

Parteinachrichten.

Ein Bezirksparteitag für das hiesige Westfalen und die Lipptischen Freistaaten fand am Sonntag in Herford statt. Im Bezirk waren am 1. April 1914 135 Ortsgruppen mit 14 816 Mitgliedern vorhanden, am 1. April 1919 waren es 235 Ortsgruppen mit 22 858 Mitgliedern. Der Massenbestand in den einzelnen Wahlkreisen betrug am 1. 4. 1914 9917,82 M. und am 1. 4. 1919 17 306,78 M. Der Abonnenantenstand der „Volkswacht“, der vor dem Kriege 17 500 betrug und bis zum Herbst 1916 auf 11 330 gesunken war, hatte während des Wahlkampfes 1919 die Höhe von 8 400 erreicht; jetzt beträgt er noch 28 500. Bezirkssekretär Schred gab den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung und hielt einen Ausblick auf die kommenden Aufgaben. Genosse Schädlich sprach über den „Ausbau der Presse“. Ueber „Wege und Ziele der sozialistischen Politik“ verbreitete sich Genosse Seberting in einem 1½stündigen Vortrage, in dem er auf das, was hinter uns liegt und was die Revolutionsmonate uns gebracht haben, verwies und darauf die Pflichten, die die sozialdemokratische Partei noch zu erfüllen hat, besprach. Es fand eine anregende Diskussion statt. Beschlossen wurde, im Oktober überall eine gut vorbereitete Werbearbeit für die Organisation und für die Presse vorzunehmen. Der Erhöhung der Beiträge ab 1. Oktober auf 20 Pf. für männliche, auf 15 Pf. für weibliche Mitglieder wurde zugestimmt. Der Antrag: Doppelmanate sind bei den nächsten Wahlen zu vermeiden, wurde der Bezirksleitung überwiesen.

Zur Gestaltung der Reichswehr wurde folgender Antrag angenommen:

Der Bezirksparteitag für das hiesige Westfalen und die Lipptischen Freistaaten ersucht die Regierung, eine durchgreifende Reform der Reichswehr vorzunehmen. Eine bringende Notwendigkeit ist es, die Offiziere zu verabschieden, die sich nicht rückhaltlos auf den Boden der republikanischen Staatsform zu stellen vermögen. An ihre Stelle sind geeignete andere Führer zu bringen, die ehrlich gewillt sind, den Geist der neuen Zeit auch in der Reichswehr zur Anerkennung zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags lasse man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Anfragen werden nicht erteilt. Eilige Anfragen tragen man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 1, Hofparteihaus, vor. Schriftliche und Briefe sind mitzubringen.

B. S. 500. Ra. — **P. D. 500.** Adresse nicht zu ermitteln. — **S. D. 8.** Uns nicht bekannt; fragen Sie bei Eilenfähr, Kommandantenstraße, 11. — **S. S. 100.** Am Sitzungstage im Sekretariat. — **R. A. 11.** Beim Transportarbeiterverband, Engelstraße 15. — **G. 19.** 1. Gibt es nicht. 2. Erledigen Sie sich durch Antwort zu 1. — **G. M. 500.** Volks-Feuerbestattungsberein für Groß-Berlin, Burgstr. 27; Feuerbestattungsberein für Friedländer, Oranienstr. 83/84. — **G. R. 20.** Eine besondere Erwähnung bei der Entlassung der Entlassenen des Grenzschutzes ist nicht festgelegt. Ueber die allgemeine Entlassungsprämie für alle Reichswehrtruppen steht die Entscheidung der Reichsregierung noch aus. — **O. J. Schneider.** 1. Zur Feigenverrechnung berechtigt, jedoch keine Möglichkeit, die Ausgabe zu erzwingen. 2. Ja, mit Zustimmung des Vorgesetzten. — **Alte Schwabe.** Leider ja. — **R. S. 111.** Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres. — **Alte Abonnent J. M. 66.** Zahlen Sie bis zur Festlegung durch das Räteauswahlsamt die bisherige Rate weiter. — **P. Berlin.** 1. Falls die Abgabe bewiesen werden kann, kann von dem Vorkaufnehmer eventl. im Rückwege Ersatz gefordert werden. 2. Mitteilung an die Organisation. — **Teuer.** 1. und 2. Nein. — **Rat 23. B.** Erfundigen Sie sich bei Kanig, Rängstr. 2. Einen Anspruch auf Herausgabe des Buches hat die Tochter nur dann, wenn eine vollgültige Schenkung vorliegt. 3. Ja, je nach Vermögen und Einkommen. — **G. D. 1876.** 1 bis 3. Ueber die Frage entscheidet das Räteauswahlsamt. Es ist möglich, daß auf Räumung erkannt wird, falls der neue Eigentümer die Forderung selbst betreiben will. — **P. 98.** Richten Sie ein Gesuch um Gewährung von Ratenabzahlungen an die Steuerdeputation des Magistrats. — **Reinbert 99.** 1. Die Freilassung von dem erhöhten Gemeindefinanzierungsbeitrag bei dem von Ihnen genannten Einkommen ist Sache der Gemeinde. Berlin hat von der durch Gesetz geschaffenen Möglichkeit Gebrauch gemacht. 2. Die Feuerungszulagen rechnen zum steuerpflichtigen Einkommen. 3. Ja. — **D. 17.** 1. Ja. 2. Nein, es kann aber ein Antrag beim Justizministerium gestellt werden. Verjährungsfrist 5 Jahre.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Alfred Scholz, Rentkass.; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 1, Strich 1. Beilage.

MÜNCHNER „JUGEND“

Besseren Sie umgehend bei am 1. Oktober beginnende neue Vierteljahr für 10 Mark bei Ihrer Bezugstelle. Probenummern umsonst, Probeband Mark 1.50.

München / Verlag der „Jugend“

Der Herbst ist da! Wählen Sie!



Kostüme feinste Neuheiten m. 163, 225, 280 u. aus molligen Stoffen

Ärmel m. 65, 98, 128 u. aus Plüsch, Mirexan, Seidenstoff

Mäntel m. 190, 270, 385 u. aus Wolle und Seide entzückend farbenfroh

Kleider m. 175, 280, 378 u. neuartige Formen

Röcke m. 48, 64, 86 u. kleidsame Macharten

Blusen m. 39, 54, 77 u.

Möbel sehr preiswert liefert gegen bar und Teilzahlung

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen kompl. aufgestellte Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, Einzelmöbel, farb. Küchen in großer Auswahl.

Gehr. Kassner, Billowstr. 8, a. Nollendorfpl.

Oskar Wollburg BERLIN - N. - BRUNNENSTR. 56-57.

Zigaretten aus reinem orientalischen goldgelben Tabak, ohne Mundstück, F-Band, volles Format, 1000 Stück 270,- M. Verkauf nur ab Lager **M. Gutmann, Berlin O. 17, Alexanderstr. 22, 8-5 Uhr.**

Möbel auf Kredit! Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer moderne Küchen- sowie Einzel-Möbel zu kulantesten Bedingungen liefert **Grebler, G. m. b. H., Weinbergsweg 4.**

Pianos in großer Auswahl, elegante erstklassige Pianos günstigste Kaufbedingungen **Max Becker Pianohaus Osten, Andreasstr. 47L.**

MULCUTO HANDHOBLSCHLIFF

Der beste Rasier-Apparat der Welt.

Tausende Anerkennungen! Infolge einer schw. Verwundung bin ich gezwungen, mich mit der linken Hand zu rasieren, was mit Ihr. „Mulcuto“ spielend vor sich geht, da ein Schneid. ganz ausgeschlossen ist. **W. Sauer, Ingenieur, Stettin, Elisabethstr. 46 L.**

PREISE: Apparat m. Abziehhülse M. 10,-, Versilb. Apparat m. Abziehhülse in Etui Nr. 71 M. 15,-, Vers. Apparat mit Abziehh. echt Lederstreifen in Etui Nr. 91 u. echt Mulcuto - Rasierseife M. 30,-, Vollst. Rasierzeug: Versilb. App., Abziehh., Seife, Schale, Pinsel und Riemen in Etui Nr. 401 M. 45,-.

MULCUTO-Werk SOLINGEN Wiederverkäufer gesucht.

Künstliche Zähne mit echtem Parafaschut. Goldtröten und Brillen Präzisionsarb., Rep. u. Umarb. f. Ueber 30 J. tätig, keine Luxuspreise. **Jahnspragis Gräger, Bräunerstr. 66a** an der Dresdener Str., Fernspr.: Roripol. 11253, 85888.